

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Feft- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. Geschäftsinserte werden nicht aufgenommen.

### Glück Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bochum  
Druck und Verlag von H. Sandmann & Co., Bochum, Blomhauerstraße 38-42.  
Telephon-Nrn.: Vorstand 38, Expedition 39. Telegramm-Adresse: Arbeiterband Bochum.

### An die Empfindlichen.

Warum, ihr Herrn, denn gleich so bitter?  
Im Kampfe fallen Spahn' und Splitter,  
Auch ihr seid nicht so zart besaitet,  
Daß ihr mit Zuckerkandis streitet.

Warum denn gleich so zetern, klagen,  
Wo ihr doch selbst aus breiten Lagen  
Mit klobigem Geschütz geschossen,  
Und das seit langem, unverdrossen. —

Gemach, ihr Herrn, und seid nicht kleinlich,  
Nicht putzgerornig und nicht greinlich;  
Wir sind im Krieg — und nach dem Schlagen!  
Da können wir uns ja vertragen. —

Und dann, ihr Herrn, bedenkt doch, Christen,  
Sie sollen hassen nicht auf Fristen,  
Und nicht in Zorn und Rachsucht leben,  
Sie sollen gleich und gern vergeben. —

Darum laßt ab von eurem Grollen,  
Wir können kein Bedauern zollen,  
Wir sind darob auch nicht verdrossen,  
Und schießt ihr, so wird fortgeschossen. —

B. R.

### Streikverbot für die Bergarbeiter!

Die Forderung der „Trierischen Landeszeitung“ (Zentrumsorgan) vom 15. Februar, den Bergarbeitern das Streiken gesetzlich zu verbieten und sie damit auf Gnade und Ungnade den Herrenmenschen im Bergbau auszuliefern, hat in der Presse schon ein recht lebhaftes Echo geweckt. In dem fraglichen Artikel, den wir schon in unserer letzten Nummer eingehend würdigten, war u. a. ausgeführt:

„Aber noch eine andere wichtige Frage ist hier zu beantworten, die bei der ablehnenden Haltung der christlichen Gewerkschaft (bei der Lohnbewegung im Ruhrgebiet, D.-Rhb.) gewiß nicht die geringste Rolle gespielt hat. Es können nämlich durch einen langwierigen Streik im Ruhrrevier für unsere gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse — es bedarf keiner näheren Begründung — die allergrößten Folgen hervorgerufen werden! Ja, es kann die Frage entstehen, ob durch einen derartigen Streik auf die Dauer die wirtschaftlichen Verhältnisse von ganz Deutschland nicht noch mehr in Mitleidenschaft gezogen werden könnten, als durch einen Streik der Eisenbahnbefugten, der bekanntlich verboten ist. Was liegt da aber näher, als ein grundsätzliches Verbot des Streiks auch bei Bergarbeitern, und zwar mit Rücksicht auf das öffentliche Wohl, die allgemeinen wirtschaftlichen Interessen!“

Zustimmend bemerkt dazu das nationalliberale „Soester Kreisblatt“ u. a.:

„So kann man es wohl verstehen, wenn gerade mit Rücksicht auf das gewissenlose Treiben der sozialdemokratischen Streikführer die Forderung erhoben wird, daß ein Industriebezirk, der so eng mit unserem Wirtschaftsleben in Verbindung steht, wie das Ruhrrevier, vor fortgesetzter Beunruhigung durch sozialdemokratische Streikbewegungen bewahrt und auf geschicklichen Wege geschützt werden müsse. Dieser Forderung hat die „Trierische Landeszeitung“ Ausdruck gegeben, indem sie unter den vorerwähnten Gesichtspunkten der Bedeutung für die gesamte Nationalwirtschaft Eisenbahnverkehr und Bergbauindustrie auf eine Linie stellt.“

Das „Königsblatter Tageblatt“, ein von ober-sächsischen Unternehmern abhängiges Organ und der „Vergbote“, das Organ der Mansfelder Reichstreuen, geben die Ausführungen der „Trierischen Landeszeitung“ zustimmend wieder und bemerken dazu:

„Da die „Trierische Landeszeitung“ ein Zentrumsorgan ist, wäre es recht interessant, zu erfahren, ob die Zentrumsparthei, die ja gerade in der letzten Zeit in der Vertretung sozialpolitischer Forderungen so oft mit der Sozialdemokratie zusammengewandert ist, ja sogar durch ihre Haltung die Sozialdemokratie zum mindesten zu weiteren Ansprüchen angeleitet hat, auch ihrerseits anzuerkennen gedenkt, daß vom Standpunkt der allgemeinen Wohlfahrt und der Gesamtinteressen des Vaterlandes Eisenbahnverkehr und Bergbauproduktion die gleiche Bedeutung haben und daher auch durch die Schaffung von Anteilen gegen allgemeine Zustände eine gleiche Behandlung erfahren müssen. Gleichzeitig würde damit der Friede unter der jetzt von Parteienmischen geradezu gehegten Arbeiterbevölkerung des Ruhrreviers gefördert werden.“

Friede soll also geschaffen werden durch ein Ausnahmengesetz gegen die Bergarbeiter, Kirchhofstraße will man haben, jede freie Meinung unterdrücken. Ja, stehen denn heute nicht schon den Bergherren weit gewaltigere Machtmittel zur Verfügung, wie den Bergarbeitern? Gaben sie den Bergarbeitern nicht den Arbeitsvertrag aufgebunden? Und ist dieser Arbeitsvertrag nicht die Spottgeburt eines freien Arbeitsvertrages, der den Bergmann auf Gnade und Ungnade der Willkür und Laune der Bergherren und ihrer Beamten ausliefert? Sind nicht schon viele Tausend brave Bergleute und auch Grubenbeamte in der infamsten Weise versempt und gedehnt umhergehakt worden, nur weil sie es gewagt hatten, ihr Recht zu fordern? Ist es nicht aller Welt bekannt, daß die Bergherren einen Staat im Staate bilden und Minister kommen und gehen heißen? Hat das nicht auch die Ministerkonferenz am 6. Januar 1909 im Palasthotel in Berlin bewiesen? Gaben die Gewaltmaßnahmen der Grubenherren gegenüber allen Kreisen der Bevölkerung nicht oft genug den schärfsten Protest herbeigerufen? Schämt man sich angesichts all dieser Tatsachen nicht zu fordern, die Bergarbeiter völlig wehrlos zu machen? Aber nein, sein Zentrumsblatt schämt sich dessen nicht und liberale und reichstreue Blätter sekundieren.

Daß die maßgebenden Zentrumskreise der von M.-Glabdach inszenierten Komödie der Arbeiterfreundlichkeit längst überdrüssig sind und der Forderung der „Trierischen Landeszeitung“ innerlich zustimmen, ist eine bekannte Tatsache, die immer häufiger in Erscheinung tritt. Das beweist die arbeitereindliche Haltung der Zentrumsmehrheit zum Bergarbeiterstreikgesetz 1906, zum Knappschaftsgesetz 1906 usw. Selbst an dem Gesetzentwurf

betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, wodurch man den Bergarbeitern das Koalitionsrecht auf indirektem Wege beschneiden wollte, entdeckte der Zentrumsführer Trimborn viele Schönheiten. Derselbe Trimborn wandte sich auch entschieden gegen die Vertretung der Bergarbeiter durch Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamte an Bergarbeitergerichten. Die Arbeiterfeindlichkeit gewisser Zentrumskreise tritt auch scharf hervor in nachstehendem Bericht der in Koblenz erscheinenden katholischen „Stände-Ordnung“ (Heft 4 vom 15. Februar) über eine Zentrumsversammlung in Lippstadt:

„In der Versammlung sprach Herr Sprenger, Arbeitersekretär aus Gelsenkirchen, über die Mittelstands- insbesondere über die Handwerkerfrage. Der Vortag war folgender. Die großkapitalistische wirtschaftliche Entwicklung ist zu begrüßen, und die Handwerker müssen sich zusammenschließen, um den Großkapitalisten gegenüber konkurrenzfähig zu bleiben. Sie müssen große Fabriken bauen und in diesen Fabriken gemeinschaftlich arbeiten, sowie im großen einkaufen, was doch schließlich auch auf eine Art Sozialismus hinauskommt. Durch diese einseitige Arbeiterpolitik ist der katholische Handwerker, Kaufmann und selbstständige Bürger dem Volkverein sowie dem Zentrum entfremdet worden. Er besucht weder die Versammlungen des Zentrums, noch die Volkvereinsversammlungen und was das schlimmste ist, mit blutendem Herzen steht der Mittelständler, wie der ganze Merus nur noch ein Herz für Arbeiterinteressen zu haben scheint und nicht mehr den Mut findet, für den Mittelstand einzutreten. Schreiber dieses hat wiederholt mit Geistlichen gesprochen. Es wird immer gesagt: „Sie haben recht, aber die Arbeiter haben heute die Macht, womit man rechnen muß.“ Und macht man sie aufmerksam, daß dieser Weg doch nur zum Staatssozialismus führt, so zucken sie die Schultern und sagen: „Was soll man machen.“ So sagte mir noch kürzlich ein geistlicher Herr: „Wir wissen ganz gut, daß die M.-Glabbacher Revisionisten sind, aber man kann nichts dagegen machen.“ Auch will ich hier noch eines kleinen Vorfalls Erwähnung tun, der sich in Soest abgespielt hat. Bei einer Lohnbewegung trat die christliche Gewerkschaft schon in den Streik, bevor die Verhandlungen abgeschlossen waren, stellte Streikposten und hielt die Arbeitswilligen von der Arbeit ab. Häufig habe ich die Erfahrung gemacht, daß wenn ich die christlichen Arbeiter aufmerksam machte, daß ihre Bestrebungen sozialistisch seien und dieser (Sozialismus) doch den christlichen und katholischen Grundfahnen widerspräche, sie sagten: „Was heißt Christentum, dafür geben wir gar nichts, wenn wir unsere Lage verbessern.“ Wenn der Merus nicht bald Front macht gegen diese Bestrebungen, so werden wir den Sozialdemokraten mit Riesenschritten in die Arme eilen. Wir führen im Namen des Christentums das aus, was die Sozialdemokraten wollen und werden katholische Sozialisten. Aus allem diesem solle doch zur Genüge hervorgehen, daß es nicht die Redeentgleisung eines einzelnen ist, und es sich nicht bloß um Interkonfessionalität der Gewerkschaften handelt, sondern daß die Gewerkschaften auf dem Wege zum „Staatssozialismus“ sind.“

Die christlichen Gewerkschaften sind also hiernach auf dem Wege zum Staatssozialismus, ihre Bestrebungen sind gemeingefährlich und dagegen muß der Merus Front machen. Die Herren Giesberts, Schiffer, Effert, Behrens et tutti quanti sind staatsgefährliche Umstürzler und müssen unschädlich gemacht werden. Das ist die Quintessenz dieser Ausführungen.

Die arbeitereindlichen Bestrebungen innerhalb des Zentrums werden aber durch diese Ausführungen treffend gekennzeichnet; ihnen hat die „Trierische Landeszeitung“ in ihrem Artikel beredten Ausdruck gegeben. Und die christlichen Führer schweigen sich dazu aus. Der „Vergnapper“, Organ zur Förderung der Uneinigkeit und Zerplitterung unter den Bergarbeitern, der in jeder Nummer aus wenigstens einigen Duzend Genossen „Gehacktes“ macht, der das Maul nicht weit genug aufreißt kann, wenn es gegen die Genossen geht, hüllt sich ebenfalls in vielstündiges Schweigen. Und das entspricht durchaus seiner Aufgabe. Sagte doch der Erzbischof Fischer im vorigen Jahre zu einem Vertreter der Zeitung „Memento“, dem er in Rom eine Unterredung gewährte:

„Die christlichen Gewerkschaften entstanden zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.“

Damit wird zugestanden, daß die christlichen Gewerkschaften nicht gegründet worden sind, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Das deckt sich übrigens auch mit folgenden Ausführungen der „Kölnischen Volkszeitung“, dem Sprachrohr der M.-Glabbacher Christen, in ihrer Ausgabe vom 25. Juli 1910:

„Ohne den Gewerbeverein oder gar gegen denselben kann die Sozialdemokratie ihre politischen Ziele nicht erreichen... Und sollte die Sozialdemokratie einmal versuchen wollen, im Ruhrrevier durch einen politischen Massenstreik einen Druck auszuüben, ein jämmerlicher Mißerfolg würde ihr beschieden sein... Das Ringen der beiden Organisationen um die Weltkassenmandate hat demnach größere Bedeutung, als man im ersten Augenblick annehmen möchte... Bisher hat es der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter verstanden, dem mächtigsten alle Dämme durchbrechenden Blut der Sozialdemokratie Widerstand zu leisten. Er hat deshalb auf die Hilfe derjenigen, welche nicht wollen, daß die Bergarbeiterchaft der Sozialdemokratie völlig überantwortet wird, berechtigten Anspruch.“

Die Hilfe ist dem Gewerbeverein in reichstem Maße zuteil geworden, trotzdem erlitt er eine jämmerliche Niederlage. So gelangte die „Kölnische Zeitung“ nach der Wahl:

„Eine solche schwere Niederlage des christlichen Gewerbevereins hatten selbst seine schärfsten Gegner nicht erwartet.“

In ihrer Ausgabe vom 21. September 1910 bespricht die „Kölnische Zeitung“ die bisherige radikalere Taktik des Gewerbevereins und knüpft daran folgende Bemerkungen:

„Diese Taktik hat das Ansehen des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter schwer geschädigt und die Grundlage für seine jetzigen Mißerfolge gelegt. Die Umkehr, die er seit einiger Zeit auf Raten und Drängen der hinter ihm stehenden politischen Partei gemacht hat, ist bis jetzt ohne Erfolg gewesen. In Regierungskreisen, bei gewissen politischen, auch liberalen Kreisen im Lande und auch zum Teil in industriellen Kreisen trägt man sich schon lange mit dem Gedanken, mit dieser größten der christlichen Gewerkschaften im Industriegebiet eine Sammelpolitik gegen die Sozialdemokratie einzuleiten und fördert die Bestrebungen, mit diesem christlichen Gewerbeverein als Basis eine christlich-

nationale Gesamtbewegung aller nicht sozialdemokratischen Kreise zu veranlassen. Wie die Sicherheitsmännerwahlen und jetzt die Knappschaftswahlen klar bewiesen haben, ist diese Basis ein mächtiger Berg von Flugsand; einem Sturm hält sie nicht stand.“

Durch diese Ausführungen der „Kölnischen Zeitung“ werden die Ausführungen Fischer's und der „Kölnischen Volkszeitung“ noch ergänzt und im vollen Umfange bestätigt. Aufgabe des Gewerbevereins ist es danach, lediglich einen Damm gegen die Sozialdemokratie zu bilden und nicht die Interessen der Bergarbeiter zu vertreten. Dem entspricht auch die Haltung der Gewerkschaften bei der jetzigen Lohnbewegung. Das hat auch die „Kölnische Ztg.“ vom 1. Dezember 1910 ausgesprochen; sie führte u. a. aus:

„Es steht schon lange unumstößlich fest, daß die Christlichen in ihrer Organisation eine Waffenkammer unter ihren Mitgliedern zu verzeichnen haben. Der alte sozialdemokratische Verband wächst stetig, der christliche Gewerbeverein geht zurück. Die schweren Niederlagen bei den Wahlen der Sicherheitsmänner und der Knappschaftswahlen haben dem Ansehen der Christlichen einen sehr empfindlichen Stoß versetzt. Das alles soll weit gemacht werden; Erfolge will man haben um jeden Preis. Lange haben die Führer der Christlichen geschwankt, ob sie nicht wieder mit den Genossen vom alten Verband einen krisenfehligen Krieg gegen die Werkbesitzer unternehmen sollten; das hätte am sichersten die Organisation wieder geföhrt. Politische Erwägungen haben aber einen anderen Weg geführt und eine Trennung von den Genossen für absehbar Zeit notwendig gemacht. Deutlicher kann man in dieser Sache werden, wenn einmal die Sammelpolitik für die Reichstagswahlen von Köln bis Hamm auch die breite Öffentlichkeit beschäftigen wird.“

Damit fällt die ganze Spiegelfechterelei der Gewerkschaften, um ihre Haltung bei der Lohnbewegung gegenüber ihren Mitgliedern zu rechtfertigen, in sich zusammen. Spiegelfechterelei waren die radikalen Reden Efferts und Giesberts, die durch einen Generalstreik aller Bergarbeiter die deutsche Industrie auf Jahrzehnte hinaus ruinieren wollten. Diese radikalen Wankhuden haben bisher noch kein Wort gefunden gegen die Forderung der „Trierischen Landeszeitung“, den Bergarbeitern das Streiken durch Gesetz zu verbieten. Spiegelfechterelei war es auch, als die Gewerkschaften gegen den Zwangsarbeitsnachweis Sturm lief. Spiegelfechterelei waren alle die radikalen Artikel des „Vergknappen“, aus denen wir in der Nr. 4 unserer Zeitung einige Stichproben brachten, gegen den Zwangsarbeitsnachweis, Spiegelfechterelei auch die beliebte radikale Agitationsweise. Spiegelfechterelei war auch der Artikel Efferts im Dezember 1909 in der „Germania“, dem Hauptorgan des Zentrums, worin u. a. gefagt war:

„Wird der Arbeitsnachweis eingeföhrt, so ist der Kampf, wenn auch nicht im Augenblicke, aber bei günstiger Konjunktur sicher. Durch erhöhte Löhne wird es den Unternehmern diesmal nicht gelingen, die Bergarbeiter wieder einzuschläfern. Das ist und soll keine Drohung sein, sondern der Kampf, der kommt, ist ein Produkt der Selbsterhaltung der Bergarbeiter. Wird der Rubikon diesmal von den Werkbesitzern überschritten, so wird, das soll und muß mit Vorbedacht und kaltem Mutes ausgesprochen werden, ein Kampf beginnen, wie ihn Deutschland bisher nicht gesehen hat. Nicht am 1. Januar, wie es vielleicht die Grubenbesitzer wünschen, sondern meiner persönlichen Ansicht nach, sobald die nächste Hochkonjunktur sich zeigt. Es wird den Herren diesmal nicht gelingen, durch Erhöhung der Löhne die Bergarbeiter einzuschläfen, und in dem für die Bergarbeiter günstigen Momente wird und muß zum Angriff übergegangen werden.“

Alles das war nichts als Spiegelfechterelei, eine unwürdige Komödie, um Mitglieder zu fangen. Diese Tatsache ist durch die Vorgänge der neueren Zeit aller Welt offenbar geworden. Mehrere Wochen sind schon verstrichen, seit die „Trierische Landeszeitung“ ein Verbot des Streikrechts für die Bergarbeiter forderte. Im christlichen und Zentrumsblätterwald herrscht, so weit wir übersehen können, Ruhe in allen Wipfeln. Angesichts dieser Tatsache erheben wir nochmals die dringende Mahnung: Bergarbeiter, seid gewarnt, stärkt den Verband, rüstet zur Abwehr!

### Sozialdemokratische Sicherheitsmänner.

Unter vorstehender Ueberschrift ging vor einigen Tagen ein Artikel durch die nationalliberalen, „unparteiischen“, Zentrums- und andere arbeitereindlichen Blätter, in welchem unter Bezugnahme auf die vor längerer Zeit auf Beche Dorfstedt erfolgte Maßregelung zweier Sicherheitsmänner versucht wird, nachzuweisen, daß der Bergarbeiterverband die ihm angehörenden Sicherheitsmänner anweist, künstliche Mißstände auf den Gruben zu konstruieren. Als Beweis dafür werden Zitate benutzt, die einer Broschüre entnommen sein sollen, welche der Bergarbeiterverband seinen Sicherheitsmännern als Anleitung für ihr Verhalten bei ihren Befahrungen verabsolgt hat.

Der Artikel ist zunächst in der „Köln. Zeitung“, Nr. 216 vom 25. Februar, erschienen, während ihn die anderen Blätter, natürlich mit großem Vergnügen, nachgedruckt haben. Da also die „Köln. Ztg.“ als die Urheberin des Artikels anzusehen ist, haben wir uns mit unserer Abwehr in der Hauptfrage gegen diese zu wenden. Da wollen wir zunächst konstatieren, daß, wenn die „Köln. Ztg.“ — oder ihr Korrespondent — die vom Verbandsvorstand herausgegebene Broschüre besitzt, sie in der unverkennbarsten Weise Zitate daraus zum Teil direkt gefälscht, zum Teil aus dem Zusammenhang gerissen und wieder zusammengebaut hat, um sie ihren Zwecken dienstbar zu machen. So wird zunächst folgendes angeführt aus der Broschüre zitiert:

„Das Verhalten des Sicherheitsmannes dem Steiger gegenüber muß ein ganz anderes sein als den höheren Beamten und der Bergbehörde gegenüber. Wird eine Gefahrenquelle entdeckt, deren Abstellung in der Macht des Steigers liegt und von ihm auch veranlaßt wird, so ist keine Meldung zu erstatten, vorausgesetzt, daß der Steiger dem Sicherheitsmanne keine Steine in den Weg zu legen versucht. Gefahrenquellen, die in Verhinderung der Betriebsleitung ihre Ursache haben, müssen stets ins Jahrbuch eingetragen werden.“

Hier haben wir es gleich mit einer recht bössartigen Fälschung zu tun. Es sind drei Sätze, die räumlich recht weit aus-

einander liegen, zusammengebracht worden, damit der nötige Effekt erzielt werden konnte. Der erste Satz ist sinngemäß der Seite 28 der Broschüre entnommen und der zweite und dritte sind 38 resp. 54 Zeilen weiter aus dem Zusammenhange gerissen worden und mit dem ersten zusammengeklappt. Um den ersten Teil des angeführten Zitates würdigen zu können, muß der ganze Absatz im Zusammenhange gelesen werden. Er lautet:

„Gegenüber wird nun ein ganz anderes sein müssen, als den höheren Beamten und der Bergbehörde gegenüber. Der Steiger wird ihn ja in den allermeisten Fällen begleiten und ihm über alle Sachen Auskunft geben. Der Sicherheitsmann wird nun auf den allermeisten Begehren herausfinden, daß der Steiger fast gar nichts im Revier zu sagen hat, sondern daß er nur dazu dient, das auszuführen, was ihm die Vorgesetzten sagen.“

Hier steht man also, daß die „Köln. Ztg.“ nur das herausgreift, was ihr in den Kram paßt, das andere unterläßt sie. Aber noch härter ist die Fälschung des dem ersten Satz angefügten Teiles des Zitates aus der „Köln. Ztg.“, das, wie schon bemerkt, sich 38 Zeilen weiter in der Broschüre findet. Dort heißt es:

„Wird nun eine Gefahrenquelle entdeckt, deren Abstellung in der Macht des Steigers liegt, und dieser ordnet das Nötige an, so ist keine Meldung zu erstatten. Denn dem Sicherheitszustand des Reviers wird am meisten gedient, wenn Sicherheitsmann, Steiger und Arbeiter gemeinschaftlich arbeiten.“

Anderwärts liegt die Sache jedoch, wenn der Steiger versucht, dem Sicherheitsmann die Steine in den Weg zu legen, was ein vernünftiger Steiger überhaupt nicht tun dürfte. Denn es ist sehr leicht möglich, daß die Steiger gegen die Sicherheitsmänner scharf gemacht werden, indem für alle Meldungen, die der Sicherheitsmann macht, dem Steiger die Schuld in die Schuhe geschoben wird. Dieses Bestreben der Behördenverwaltung darf der Sicherheitsmann nicht unterstützen, denn dann erschwert er sich seine Tätigkeit ohne Grund.“

Der dritte Satz des Zitates aus der „Köln. Ztg.“ ist wieder 21 Zeilen weiter, also 54 Zeilen von dem ersten Satz der Broschüre entnommen. Dieser muß, um richtig gewürdigt werden zu können, ebenfalls im Zusammenhange gelesen werden. Es heißt auf Seite 80 der Broschüre:

„Gefahrenquellen, die in Verfehlungen der Betriebsleitung ihre Ursache haben, müssen stets ins Fahrbuch eingetragen werden. Davon lasse man sich durch keine schönen Reden abbringen. Die höheren Beamten tragen die Hauptschuld an dem großen Arbeiterwandel, sie tragen infolge des Prämien- und Inspektorsystems auch an einem großen Teil der Unfälle und Erkrankungen die Schuld. Aber sie wachen vor der Öffentlichkeit ihre Hände in Unschuld und auch die Bergbehörde weiß von dieser Schuld nichts. Darum ist es bitter notwendig, auf die Gefahren hinzuweisen, die durch die heutige Betriebsführung bedingt werden.“

Wir haben hiermit nachgewiesen, daß die „Köln. Ztg.“ drei Sätze, die in der Broschüre räumlich recht weit auseinander liegen, aus dem Zusammenhange gerissen und zusammengebaut hat, um sie ihrem Zwecke, der Verdächtigung des Verbandes und der ihm angehörenden Sicherheitsmänner nutzbar zu machen.

So wie vorstehend gezeigt, sind sämtliche aus der Broschüre gepochten Zitate gefälscht und entstellt. Ganz besonders ist das bei folgenden der Fall:

„Auf die Fehler der Arbeiter soll der Sicherheitsmann in allen Fällen hinweisen, wo er Gefahr für vorliegend hält. Dies Vorgehen soll er jedoch nur dann ins Fahrbuch eintragen, wenn er wirklich Gefahr für vorliegend erachtet und sein Zureden und seine Aufforderung auf Abhilfe bei diesen auf Ablehnung stößt.“

Hier ist dasselbe Mandat gemacht worden, wie bei den oben zitierten. Es ist aus zwei Absätzen der Broschüre auf Seite 28 je ein Satz herausgerissen und beide sind dann zusammengebaut worden. Im Zusammenhange gelesen sieht die Sache so aus:

„Auf die Fehler der Arbeiter weise er hin und zwar in allen den Fällen, wo er Gefahr für vorliegend hält. Er wird bei näherer Überlegung eine Menge Vorschriften finden, deren Befolgung für den Sicherheitszustand äußerst gleichgültig ist und um die er sich am besten gar nicht kümmert. So z. B. Schießvorschriften. Welchen Zweck hat es für ihn, ob der Schießmeister seine Listen in Ordnung hat?“

Vorgehen der Arbeiter trage er nur dann ins Fahrbuch ein, wenn er wirklich Gefahr für vorliegend hält und sein Zureden, seine Aufforderung zur Abhilfe bei diesen auf Ablehnung stößt.“

Auch das folgende hat die „Köln. Ztg.“ nach ihrem Geschmack zitiert:

„Deswegen soll er dem Revierbeamten und auch der Verbandsleitung Meldung erstatten, wenn er von Prämienfreischüssen, Revier-einlegungen, schlechter Behandlung der Steiger erfährt und wüßte, daß diese Bestrafungen zu unrecht erfolgen.“

Hier sind aus einem größeren Absatz die Stellen herausgegriffen, die der „Köln. Ztg.“ in den Kram paßten, sie hat aber alles fortgelassen, was ihr nicht gefiel. In der Broschüre heißt es, nachdem auf die Gefahrenquellen in der Grube aufmerksam gemacht ist, wie folgt:

„Darum ist es bitter notwendig, auf die Gefahren hinzuweisen, die durch die heutige Betriebsführung bedingt werden. Müssen z. B. Steiger wegen schlechter Förderung oder aus sonstigen Ursachen Straffschäden verursachen, oder aber erfährt der Sicherheitsmann von Prämienfreischüssen oder von Revier-einlegungen oder von schlechter Behandlung der Beamten und weiß, daß diese Bestrafungen zu unrecht erfolgen, so bringe er diese Tatsachen zur Kenntnis des Revierbeamten und auch der Verbandsleitung. Je schlechter die Steiger behandelt werden, um so schlechter geht es dann den Arbeitern und der Arbeiterwechsel ist eine Folge dieses Zustandes.“

Besonders erregt es auch das Mißfallen der „Köln. Ztg.“, daß die Sicherheitsmänner ein eigenes Fahrbuch zum eigenen Gebrauch führen sollen. Aber darin liegt doch das Geständnis, daß man diese Einrichtung zu fürchten hat. Dann liegt sie aber im Interesse der Bergarbeiter und des Bergarbeiterschlages. Daß die Maßnahmen der Verbandsleitung manchen Grubenverwaltungen und manchem Werksschmied nicht gefallen, begreifen wir vollkommen, aber danach haben wir nicht zu fragen. Die Aufgabe der Verbandsleitung ist, dafür zu sorgen, daß die Sicherheitsmänner im Revier und auch anderswo nicht „weiße Salbe“ werden. Und was wir nach dieser Richtung tun können, wird gewiß geschehen.

Warum hat denn die „Köln. Ztg.“ nicht folgendes aus der Broschüre zitiert:

„Über eine ganze Reihe von Mißständen, die es den Arbeitern unmöglich machen, bessere Löhne zu verdienen, sind, wie bereits gesagt, auch zu gleicher Zeit Gefahrenquellen. Sorgt der Sicherheitsmann für Abstellung dieser Mißstände, so gelingt es ihm auch, die Differenzen zwischen Steiger und Arbeiter zu vermindern und den Arbeiterwechsel einzuschränken. Er schlägt also zwei Fliegen mit einer Klappe.“

Einen großen Teil der auf diesem Gebiete liegenden Uebelstände, die dem Sicherheitsmann zur Kenntnis kommen, wird er nicht ins Fahrbuch eintragen können. Aber gelegentlich seiner Befahrungen und bei Unfalluntersuchungen wird es ihm möglich sein, sein Wissen dem Revierbeamten und auch den höheren Grubenbeamten mitzuteilen. Der Kritik, die er da übt, läßt sich nicht so leicht weismachen. Und es wird ihm ganz sicher gelingen, wenn auch nicht sofort, so aber doch im Laufe der Zeit, eine Menge Gefahrenquellen abzustellen.“

Warum ebenfalls nicht das folgende:

„Das Verhalten bezüglich der Meldung der Schlagwetter richtet sich nach den Umständen. Ist nur ein kleines Loch vor, welches sofort rein wird, nachdem man die Wunde ein wenig vorgezogen oder die Luftentour verlängert hat, oder aber wenn man mit Wasser spritzt oder einen Wetterlappen schwenkt, so ist keine Meldung zu erstatten. Findet man aber längst ein Oberstößes und am Hangenden überall Spuren von Schlagwettern, sind ferner über den Hölzern Hohlräume vorhanden, die vollstehen, dann ist die Luftmenge, die durchzieht, nicht genügend, und es ist Meldung zu erstatten. Vor allem sind aber die Hölräume vollständig zugupaden.“

... Auch die Verleumdungsschläuche fehlen sehr oft im Magazin. Vor den Betrieben muß ferner darauf geachtet werden, daß die Arbeiter auch die Schläuche ordentlich behandeln. Die meisten werden zer-schossen oder von Wagen überfahren. Ebenso ist eine Kontrolle anzustellen, ob stets ein Krähnschlüssel vor der Arbeit ist.“

Ganz besonders hätte die „Köln. Ztg.“ folgendes zitiert können:

„Der Sicherheitsmann hatte selbst seine Arbeit in musterhafter Ordnung. Auch Bergpolizeivor-schriften, die er als unnötig ansieht, besorge er. Er wird dadurch beim Steiger und auch bei den Arbeitern seine Meinung mit erheblichem Nachdruck vertreten können, als wenn ihm gesagt werden

kann: „Du hast ja Deine Broden selbst nicht in Ordnung!“

Diese Zitate bringt die „Köln. Ztg.“ nicht, denn damit würde das Gegenteil bewiesen, was bewiesen werden sollte, nämlich, daß die Verbandsleitung nicht will, daß künstlich Mißstände geschaffen werden, sondern daß sie die dem Verbands angehörenden Sicherheitsmänner anhält, selbst Ordnung zu halten und auch darauf zu bringen, daß es seitens ihrer Kameraden geschieht. Wenn die „Köln. Ztg.“ noch Anspruch darauf erhebt, als ein antändiges Blatt zu gelten, so erwarten wir von ihr, daß sie sich entsprechend berichtigt. Dasselbe erwarten wir von den anderen Blättern, welche den Artikel der „Köln. Ztg.“ nachgedruckt haben, mit Ausnahme gewisser Zentrumsblätter, denn bei denen kann man soviel Anstand nicht voraussetzen.

### Gewerkschaftliche Verfassungsfragen.

Es ist das Schicksal aller Verfassungen im engeren wie im weiteren Sinne, also nicht nur der Staatsverfassungen, sondern auch der Partei-, Vereins- und Organisationsverfassungen, daß sie rasch veralten, daß sie den Bedürfnissen und Machtverhältnissen einer vergangenen Zeit entsprechen, daß sie der Ausbruch wirtschaftlicher und politischer Machtbedingungen nicht der Gegenwart, sondern der Vergangenheit sind. Die Frage der Verfassungsreform, der Statutenänderung steht häufig auf der Tagesordnung der Parlamente wie der freien Organisationen. Wenn dies nicht der Fall ist, werden die nichtkonservativen Parteien, die der Ausbruch neuer wirtschaftlicher und politischer Bedürfnisse sind, die Reform der Verfassung erstreben. Auch die Arbeiterorganisationen sind nicht frei von diesen Verfassungsfragen, auch sie vermögen in ihren Vereinsbestimmungen, Geschäftsordnungen, Reglements usw. immer nur zum Ausdruck zu bringen, was einstmal den Bedürfnissen entsprochen hat, sie haben auch immer noch die beste Lösung für das Gelingen und kaum jemals die vorausgesehene Lösung für den morgigen Tag. All diese Statuten sind, wie ihre Entstehungsgeschichte zeigt, erwachsen als schwieriger Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen, Anschauungen und Wünschen. Je schneller die Verhältnisse von unseren Gegnern abhängige Entwicklung geht, die Selbstkritik und Aufgaben unserer Organisation bestimmt, desto häufiger ergibt sich die Notwendigkeit der Änderungen von Vereinsstatuten, Organisationsstatuten usw. Bis die neuen Formen gefunden sind, bis sie von einer Mehrheit getragen werden und an Stelle von alten Formen und Formeln getreten sind, vergeht oft längere Zeit. Während dieser Zeit ergehen sich oft Notwendigkeiten, den geänderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, es kann dies zum höchsten Lebensinteresse der Organisation werden, aber der Widerspruch gegen das herrschende Recht tritt dann auf, wird von vielen empfunden und führt zu weitgehenden Differenzen, ja oft zur Erschütterung der Organisation. Mißtrauen gegen nicht buchstabengetreue Ausleger der Statuten, Klagen über Prinzipienwidrigkeiten, über Herrschsucht, undemokratisches Gebaren finden wir da häufig, und der Widerspruch zwischen geltendem Rechte und wirtschaftlichem Entwicklungsergebnis bleiben auch dem inneren Leben der Arbeiterbewegung nicht erspart.

Neben den formalen Abweichungen zwischen Statutenbestimmungen und mit ihnen nicht zu vereinbarenden Entschlüssen finden sich auch sonst von den Arbeitern sehr schwer empfundene Abweichungen von liebgewordenen Grundsätzen. Vielfach aber sind es nicht Anschauungen grundsätzlicher Art, sozialistischer Natur, die veraltet werden, nicht selten wird etwas Althergebrachtes und deshalb Liebgewordenes als sozialistisch bezeichnet, obgleich es diese Bezeichnung nicht verdient. Es stecken in uns allen noch mannigfache Reste individualistischer Freiheitsideale, die von den Massen und von so manchen einzelnen, von denen man das nicht erwarten sollte, als sozialistisch bezeichnet werden. Die den einzelnen bindende Freiheit der Entscheidung des einzelnen ist freilich bei uns überwunden, aber die Autonomie des einzelnen Ortes oder der einzelnen Gewerkschaftszentrale erscheint vielen als ein heiliges Gut, die Einengung dieser Autonomie als eine Verletzung heiliger Grundsätze, nicht des Prinzips der Freiheit, sondern — eines sozialistischen Grundgesetzes. Wir vergessen nur zu häufig, daß unter den Grundsätzen der absoluten Freiheit die Arbeiter viel zu leiden hatten, daß wir naturgemäße Auffassungen zwar nicht in unserer Theorie, aber in dem praktischen Denken der Arbeiter viel zu viel Raum gelassen haben und daß endlich eine ganze Reihe von Auffassungen über das innere Leben der Partei aus Zeiten stammt, die mit durchaus anderen wirtschaftlichen Voraussetzungen und vor allem nicht mit den mächtigen Gestaltungen der Organisationen unserer Klassen-gegner zu tun hatten. Es gibt auch bei uns Gefahren der Ver-änderung, es gibt auch bei uns nicht wenige, die vor jeder Umformung zurückschrecken, weil sie in jedem Abschneiden vom Althergebrachten den Verfall und die Vermengung unseres Standpunktes mit fremden Anschauungen wittern. Nichts ist aber gefährlicher, gerade vom revolutionären Standpunkt, als die Verknöcherung der Formen. Sie ist nicht möglich, wenn wir mit offenen Augen die Entwicklung der Wirt-

### Bergarbeiter-Föderation Großbritanniens.

Bericht von R. Smillie und W. Dnions über die soziale und wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterklasse im Jahre 1910.

Nachdruck verboten.

#### Schlussbetrachtungen.

Wir wurden nach Deutschland geschickt, um die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu studieren, unter denen das Volk leidet, und von unseren Freunden ausfindig zu machen, in welcher Weise die von der deutschen Regierung befolgte schutzöllnerische Steuerpolitik die Lebenshaltung unserer deutschen Kameraden beeinflusst. In der letzten Zeit ist es zu Hause Sitte gewesen, entweder alles Deutsche in den Himmel zu heben oder es mit Stumpf und Stiel zu verdammen. Wir glauben nicht, daß sich viele Leute durch eine solche Praxis beeinflussen lassen und wir beabsichtigen nicht in die Fußstapfen unserer Vorgänger zu treten. Die Lebenshaltung der verschiedenen Arbeiterkategorien ist im schutzöllnerischen Deutschland ebenso verchieden wie im freihändlerischen Großbritannien. Die elend entlohnerten Arbeiter der deutschen Hausindustrie und die schlechten Bergarbeiter finden ihr Gegenstück in den Bewohnern unserer großstädtischen Vorstädte oder den Armen im Westen Irlands. Wiederum kann unser gelernter Arbeiter, der sich einen ziemlich anständigen Lohn gesichert hat, dem deutschen gelernten Arbeiter gegenübergestellt werden, obwohl es dem letzten noch nicht gelungen ist, die Lebenshaltung zu erreichen, der sich sein britischer Kollege erfreut. In der Bergwerksindustrie verdient der deutsche Arbeiter nicht annähernd so viel wie der britische; der höchste durchschnittliche Hauerlohn (der im Rhein-Weiß-Revier bezahlt wird) beträgt nur 5,30 Mk. pro Tag und ist sogar viel niedriger als unser Minimallohn, und der niedrigste Lohn eines deutschen Hauerz beträgt 3 bis 3,50 Mk. pro Tag (in den linksrheinischen Erzgruben). Niedrige Löhne und Elend sind in Deutschland ebenso häufig wie in Großbritannien. Weder der Freihandel als solcher, noch der Schutz Zoll können augenscheinlich als Ersatz für die soziale Reform angesehen werden. Wenn wir aber allgemein sprechen und die niedrigen deutschen Löhne außer Acht lassen, so kann kein Zweifel bestehen, daß die Lage der arbeitenden Massen im deutschen Reich um einen Grad schlimmer ist als in diesem Lande, hauptsächlich wegen des Umstandes, daß der deutsche Arbeiter sich nicht dieselbe Menge der zum Leben notwendigen Bedarfsartikel verschaffen kann, wie der britische Arbeiter.

Wenn der Schutz Zoll so bemerkenswertes für den deutschen Arbeiter getan hat, wie unsere Tarifreformer behaupten, so ist es uns nicht gelungen, diese bemerkenswerten Segnungen wahrzunehmen. Es ist wahr, daß das Schutzöllnsystem viel für den größeren Teil der regierenden Klasse, für die vielen mächtigen Industriellen und Agrarier geleistet hat. Die deutschen Kameraden zeigen uns eine offizielle Statistik, die beweist, daß unter der Herrschaft der gegenwärtig bestehenden Schutzöllne eine auf-fallende Anzahl Millionäre entstanden sind; diese Wohlthäter der Menschheit scheinen in der Tat im deutschen Reich wie Pilze

aus der Erde geschossen zu sein, was einen nicht wundernehmen kann. Ein Blick auf eine deutsche Statistik, die uns unsere Freunde gaben, wird die Ursache dieser Erscheinung aufklären. Nahrungsmittelzölle, wozu einige der Zölle auf die kleinen Luxusgegenstände des Volkes gerechnet werden müssen, belaufen sich im deutschen Reich jährlich auf 482 Millionen Mark. Das ist aber nicht die ganze Summe der von dem deutschen Volk getragenen Nahrungsmittelsteuer. Hervorragende deutsche Statistiker haben gezeigt, daß die Nahrung erzeugenden Massen des Reiches, hauptsächlich die politisch mächtigen Agrarier, jährlich wenigstens 1 264 000 000 Mk. Ertragsprofit dadurch machen, daß es der Schutz Zoll ihnen ermöglicht, dem deutschen Volk mehr für seine Nahrung anzurechnen. Während der Staat also nur 482 Millionen Mark einsteht, tragen die Agrarier eine Beute in der Höhe von 1 264 Millionen Mark davon.

Auf unserer Reise durch Deutschland erkundigten wir uns nicht eingehend über die Preise der Industrieprodukte, die von der Arbeiterklasse konsumiert werden, wie Kleider usw. Um das zu tun, mußte man fachmännische Kenntnisse in den betreffenden Artikeln besitzen, die wir nicht haben. Es ist z. B. sehr schwer, die Preise von zwei Anzügen zu vergleichen, ohne eine ziemlich gute Kenntnis der Qualität der Stoffe, die verwendet wurden, und ähnliche Faktoren zu besitzen. Alle Kameraden, denen wir in Deutschland begegneten, versicherten uns jedoch, daß die von der deutschen Arbeiterklasse konsumierten Industrieprodukte im Preise sehr gestiegen seien infolge der bestehenden Schutzöllne. Man gab uns Ziffern, die auswiesen, daß das deutsche Reich in Schutzöllnen auf industrielle Produkte jährlich 235 Millionen Mk. einnimmt. Aber außer diesem Faktor, der den Preis der Industrieprodukte vermehrt, muß man, wie Statistiker bewiesen haben, mindestens eine Milliarde rechnen, die in die Taschen der Industriemagnaten jährlich fließt. Diese 2 264 000 000 Mk., die jährlich von den schutzöllnerischen Agrariern und Industriellen eingestekt werden, erklären sicherlich genügend die große Vermehrung der Prosperität der deutschen — Millionäre.

Aber was uns besonders bestimmte, das schutzöllnerische System zu verwerfen, für das in unserem Lande seit kurzem unter dem neuen Namen Tarifreform so viel Propaganda gemacht wird, ist die heftige Opposition der ganzen organisierten Arbeiterchaft Deutschlands gegen die Steuerpolitik ihrer Regierung. Wenn man einige der Zeitungen unserer Tarifreformer liest, könnte man glauben, daß die deutschen Arbeiter der Steuerpolitik ihrer Regierung aus ganzem Herzen bestimmten. Eine größere Unterdrückung der Wahrheit kann man sich kaum vorstellen. Seit Jahren, so oft sich eine Gelegenheit bietet, zeigt das deutsche Volk seine Feindschaft gegen die schutzöllnerische Lehre. Als Beweis hierzu braucht man nur die kürzlich stattgefundenen Nachwahlen zum Reichstag anzusehen, in denen die schutzöllnerischen Kandidaten selbst in Kreisen, die sie bisher als ihre feiten Burgen betrachteten, wie von einer Ratione ver-schüttet wurden. Die Tarifreformer haben immer behauptet, daß es nur dem Vorurteil der Sozialisten zuzuschreiben sei, wenn ein Steuersystem verwerfen, das von den anderen großen

Nationen mit so viel Vorteil adoptiert worden sei, und daß diese Nationen nicht so töricht seien, eine Politik zu verfolgen, die ihnen schade. Wir erwidern hierauf, daß unsere deutschen Kameraden die Steuerpolitik ihrer Regierung sicherlich nicht gänzlich verdammen würden, wenn diese Politik nicht ihre Lebensinteressen gefährdete.

Man hat das Argument vorgebracht, daß die Löhne der deutschen Arbeiter unter dem Schutzöllnsystem fliegen; aber die Löhne der britischen Arbeiter sind auch unter dem Freihandel gestiegen und die Hauptursache dieser Lohnerhöhung ist in beiden Ländern dieselbe gewesen. Die Lohnerhöhung ist auf die große Entwicklung in beiden Ländern während der letzten Generation zurückzuführen. Nur durch Zusammenstoß und Organisation ist es den britischen und deutschen Arbeitern gelungen, ihre soziale und wirtschaftliche Lage zu verbessern. Dies ist nicht nur eine bloße Behauptung, sondern eine Tatsache, die durch Ziffern bewiesen werden kann. Wir haben vor uns eine statistische Tabelle, die von der Gewerkschaft der deutschen Bauarbeiter veröffentlicht worden ist und die beweist, daß es dieser Organisation durch harten Kampf und Verhandlungen mit Unternehmern gelungen ist, den Jahresverdienst ihrer Mitglieder vom Jahre 1904 bis 1908 durchschnittlich um mehr als 70 Mk. zu verbessern. Jedoch sagt der Bericht, dem diese Zahlen entnommen sind, im nächsten Kapitel: „In den weiten Bezirken Ost- und Westpreußens, Posen und Schlesiens, wo die Organisation noch keine Wurzel geschlagen hat, werden dagegen heute noch dieselben Löhne gezahlt, wie vor 18 Jahren.“ Wie hat der Schutz Zoll die Löhne dieser unorganisierten Arbeiter, von denen hier die Rede ist, beeinflusst? Viele andere Beispiele können angeführt werden, die dartun, daß irgend eine Verbesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen einzig und allein ihren eigenen Anstrengungen und nicht irgend einer wunderbaren Wirkung des Steuer Systems zuzuschreiben ist. Und wie konnte es auch anders sein? Der agrarische oder industrielle Arbeitgeber wünscht die Wohlthaten, die ihm aus dem Schutz Zoll erwachsen, ganz für sich und wenn der Arbeiter einen Anteil daran haben will, so muß er mit dem Arbeitgeber kämpfen oder unterhandeln. Die deutschen Kameraden lenken unsere Aufmerksamkeit auf einen sehr interessanten Punkt, der die Praxis des schutzöllnerischen Systems beleuchtet. Die hohen agrarischen Schutzöllne haben die deutschen Grundbesitzer über alles Erwarten reich gemacht. Viele dieser aufgefütterten Lieblinge der deutschen Regierung veräußerten ihre Güter, als sie fanden, daß diese enorm im Werte gestiegen seien und nun finden die neuen Eigentümer, die einen hohen Preis für ihre Güter bezahlt haben und daher einen kleineren Profit von ihrer Kapitalanlage realisierten, daß sie noch höhere Schutzöllne gebrauchen können, und sie schreien daher schon darnach.

Auch muß man nicht glauben, wie manchmal in diesem Lande behauptet wird, daß der Schutz Zoll in Deutschland die Arbeitslosigkeit, die in unserem anarischen Produktionssystem begründet ist, wesentlich verringert hat. Wohin wir auch in Deutsch-land gingen, beklagten sich die Vergleute über die Einlegung von

schaft und der aus ihr erwachsenden Klassen- und Organisationsformen.

Inferen gewerkschaftlichen Organisationen, von denen hier allein zu sprechen ist, ist eine starke Elastizität und bedingtes Beharren in der Forderung. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß unsere Gewerkschaftsbewegung unter überhöhten Verfassungsbestimmungen leidet, die zu sehr bedenklichen und in Zukunft gesteigerten Widersprüchen zwischen veramtlichten Leitern und den Mitgliedern von Gruppen, die den Kampf wünschen oder im Kampfe stehen, führen müssen.

Es ist selbstverständlich, daß Organisationen, die eine Zielsetzung bis eine halbe Million Mitglieder haben, unter anderen Verhältnissen zu wirken haben wie lokale Gruppen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der gewerkschaftliche Kampf heute eine durchaus andere Grundlage hat als zu den Zeiten, da die Organisation einzelnen Arbeitnehmern gegenüberstand.

Wir sind politisch wie gewerkschaftlich zu gewaltigen Körpern herangewachsen, in kürzester Zeit sind wir zu riesigen Formationen gewachsen, die alten Kleider sind uns zu eng geworden und die neuen sind noch nicht da.

Feierlichkeiten, die durch den schlechten Geschäftsgang in den Kohlen konsumierenden Industrien verursacht wurde.

Die schweren Kämpfe, die die deutschen Gewerkschaften in den letzten Jahren auszufechten hatten, wurden hauptsächlich zu dem Zweck unternommen, die Löhne mit der großen Preissteigerung der notwendigen Bedarfsartikel in Einklang zu bringen; sogar jetzt noch ist es vielen Berufen in Deutschland nicht gelungen, dieselben relativen Positionen, die sie Jahre zurück einnahmen, zurück zu erobern.

Die deutschen Kameraden lenken unsere Aufmerksamkeit nach auf einen anderen Punkt. Die sich stets vermehrenden Nahrungsmittelsteuern sind die Folge einer festen Politik der deutschen Regierung, die immer mehr von den Lasten, die aus der verrückten imperialistischen Politik entspringt, auf die Schultern der Arbeiter wälzt.

Wort mag unheimlich sein, die Einrichtung wird nicht zu entbehren sein. Man mag ihn Verzweiflungsmann, Berater, Sachverständigen nennen, man wird mit ihm zu tun haben. Er ist auf das engste verknüpft mit der Demokratie der Massen, er ist unentbehrlich in einer Periode, in der nicht bloß bei uns, sondern auch bei unseren Gegnern in allen Erscheinungen wirtschaftlicher und politischer, ja selbst wissenschaftlicher Betätigung die Kollektivitäten an Stelle der Individualitäten treten.

Bei dem gewerkschaftlichen Kampfe kommen heute die schwierigsten Probleme für den praktischen Nationalökonom in Betracht. Kräftig hat dies erst unlängst in ausgezeichneter, wenn auch eingeständenermaßen durchaus nicht in erschöpfender Weise in der „Neuen Zeit“ (Nr. 11 vom 16. Dez. 1910) dargelegt. Wenn die Organisation der Textilarbeiter es für notwendig findet, ihrem Hauptvorstand einen sachverständigen Beobachter über die Konjunktur einzugliedern, so erklärt die Verbandsliturgie selbst, daß sie sich die Beurteilung der Konjunktur nicht zutraut.

Sicherlich wird heute und künftig niemand an die Unschärflichkeit der Beamten glauben, sicherlich soll auch in keiner Weise der Kritik an den Beamten und der Diskussion der Mitglieder über die Leitung des Verbandes irgendwie Eintrag geschehen. Aber es soll hierbei das Wesen des gewerkschaftlichen Kampfes nie außer Auge gelassen werden. Die Diskussion kann nicht Selbstzweck sein, die Diskussion in der Gewerkschaft wird man oft anders beurteilen müssen wie die Diskussion in der Partei.

Wiel Tinte wurde in letzter Zeit verschüttet über die Frage, ob das Mittrauen den gewerkschaftlichen Führern gegenüber ununterbrochen wirken solle. Sicher ist in den Satz mehr hineingelegt worden, als beabsichtigt war, keinem Zweifel kann es unterliegen, daß das Vertrauen zum selbstgewählten und doch glücklicherweise vielfach erprobten Führer niemals notwendig ist als in der Zeit des Kampfes.

Wir können alle die Mängel des parlamentarischen Systems, sie sind den meisten von uns über alle Maßen unpopulär, aber wir müssen mit ihm rechnen, wir können es nicht entbehren, wir benötigen es zum Machtanspruch des Proletariats, ja wir müssen uns selbst innerhalb unserer Partei dieses Systems bedienen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika schwer durchzuführen. Dabei können aber Formen und Methoden der ausgebauten Demokratie trotzdem Forderungen der Arbeiterklasse für ihre Selbstregierung sein. Aber diese Formen können vom Proletariat nicht mit aller Konsequenz erzwungen werden, solange es im heftigen Klassenkampf steht.

Die Gewerkschaften stehen heute in einer Periode des Überganges mit allen ihren Mängeln und Unstimmigkeiten. Gewaltig haben sich die Möglichkeiten gewerkschaftlichen Erfolges eingengt, erheblich haben sich die Schwierigkeiten gewerkschaftlichen Kampfes gesteigert, ins Unermessliche sind gestiegen die Verantwortlichkeiten jeder Entscheidung im gewerkschaftlichen Kampfe.

Man hat daran gedacht, einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten zu finden, indem man ein Parlament neben das Gewerkschaftsmittlerium setzt, aber bald würden diese Gewerkschaftsparlamentarier den Vorwurf hören, daß sie den Massen entfremdet sind, daß sie sich bürokratisiert haben. Außerdem würde eine derartige Einrichtung viel zu teuer kommen, und sie wäre auch im Interesse dieser Parlamentarier nicht zu wünschen.

Diese Mannigfaltigkeit der Bedingungen und der Schwierigkeiten zeigt uns, daß die Gewerkschaften nach neuen Formen und Gestaltungen ringen und weiter ringen müssen, daß viele Fehler in derartigen Übergangszeiten unvermeidlich sind und daß noch häufiger als diese Fehler die Tatsache ist, daß vieles im Leben und im Wirken der Gewerkschaften unverständlich bleibt, wenn es nicht mit gewerkschaftlichen Maßstäben gemessen wird.

Freilich, die lösende Formel, die aus all diesen Schwierigkeiten einen Ausweg findet, die die Aktionsfähigkeit und Verantwortlichkeit der Führer, die Einwirkung der Massen auf die Taktik der Gewerkschaften sichert, ist noch nicht gefunden, sie ist schwer zu finden. Auf sturmbewegter See wird der Rührer kaum erfolgreich Wendeverbuche veranstalten können.

Die in vorstehendem Artikel behandelten Fragen gewinnen auch für unseren Verband mit seiner fortschreitenden Entwicklung immer größere Bedeutung. Es wäre darum von großem Interesse, wenn sich unsere Kameraden einmal dazu äußerten.

**Volkswirtschaftliche Rundschau.**

**Indirekte Steuerlast des deutschen Arbeiters.**

Wenn der Arbeiter ist, wenn er trinkt, wenn er sich kleidet und wenn er Miete zahlt, immer und immer knapft ihm der unerlässliche Staat für seine zum großen Teil kulturellen Zwecken in Form von indirekten Steuern Tribut ab. Die indirekte Steuer ist die niederträchtigste, die jemals ausgedacht werden konnte, sie ist schlimmer als jede Kopfsteuer, weil sie nicht nur jeden, ganz gleich ob arm oder reich, gleichmäßig heranzieht, sondern sogar den Vermögenden unter den Armen in seiner ihm unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse am härtesten trifft.

Lebens still tragende Brot, das der Arbeiter in den Mund steckt, zwingt ihn zugleich zu einer Fronkleistung an den Staatsfiskus. Leiber — und darauf rechnen die Volkswörter der indirekten Steuern immer wieder — fällt nur der die ganze Macht solcher Ausbeutung, der sich bei der Kasse und bei jeder alltäglichen Ausgabe etwas denkt. Und selber tun dies, heute die Proletarier noch viel zu wenig.

Table with 2 columns: Item (e.g., Brot, Mehl, Butter) and Price (e.g., 100, 72, 68). Includes a sub-table for 'zusammen' with totals 1212 and 170,3.

Also muß von dem jammerwürdigen Minimum an Existenzgütern, die hier eine Familie von vier Personen ernähren sollen, noch zu 15 Prozent als indirekte Steuern an den Staat abgegeben werden! Kann es noch eine schlimmere Ausbeutung geben? Und warum ist noch so mancher Arbeiter trotzdem nicht lebendig genug, um sich seine Rechte zu wahren?

Zur Reform der Berginspektion.

Das Organ des Steigerverbandes, der „Technische Grubenbeamte“, vom 22. Februar, beschäftigt sich unter vorstehender Ueberschrift mit der Lage und festsitzender steigenden Unzufriedenheit und Erbitterung und deren Ursachen unter den Grubenbeamten.

Was mag das liegen? Es ist leider bei unsern Arbeitgebern gar kein Gefühl dafür vorhanden, daß die Steiger auch als Menschen behandelt sein wollen. Mit den wirtschaftlichen Erfolgen, die unsere Industrietätigkeiten erzielen, mit den hohen, oft sogar fürstlichen Gehältern, die die Leiter der Werke beziehen, wird ein ungeheures Selbstbewußtsein erweckt.

Die Achtachtung, mit der sie dem Steiger begegnen, ist für einen Menschen, der nur noch einen funken Ehrgefühl im Leibe hat, so beleidigend, daß kein Heber imstande ist, eine solche Wut zu entfesseln, wie es so ein Vorgesetzter durch sein Verhalten fertig bringt.

Die Achtachtung, mit der sie dem Steiger begegnen, ist für einen Menschen, der nur noch einen funken Ehrgefühl im Leibe hat, so beleidigend, daß kein Heber imstande ist, eine solche Wut zu entfesseln, wie es so ein Vorgesetzter durch sein Verhalten fertig bringt.

Mancher wird denken, das seien Einzelfälle. Das ist aber das Schlimme, daß das nicht mehr der Fall ist. Das in-die-Grube-jagen ist heute ganz und gar. Wir jagen nur das Gefühl haben, daß die Bergbehörde gewillt sei, gegen diese verbrecherische Ausnutzung der Arbeitskraft der Steiger vorzugehen.

Wie hoch hängt es, wenn dann gesagt wird: „Wer sich zur Wehr setzt, dem passiert es etwas.“ Den jagt man allerdings nicht wieder in die Grube, den jagt man gleich aus der Stellung. Das vorhandene Mißgefühl betätigen die Herren dann auch noch für die Zukunft, indem sie den „Stimmen“ überlassen, sie empfehlen, daß er nirgends mehr wiederzukommen vermag.

Diese treffenden Ausführungen möchten wir auch manchen unteren Beamten zur Beherzigung bringen empfehlen. Wenn untere Grubenbeamte den Arbeitern gegenüber in dieselben Fehler verfallen, wie die Assistenten, Direktoren, Betriebsführer, Jahresteiger usw. ihnen gegenüber, so muß das Verhältnis ein unerträgliches werden, unter dem nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Beamten selbst zu leiden haben.

unseres Erachtens völlig unrichtige Auslegung des Vergesetzes geschieht, sondern erweitern.

Zur Verhütung von Förderungsfällen

hat der Verband der Fördermaschinen an die fünf Oberbergämter Preußens eine Eingabe gerichtet, in der er um Abänderung des § 72 der Bergpolizeiverordnung vom 28. März bittet. Nämlich:

- 1. Es dürfen nur solche Maschinenwächter bei der Seilfahrt tätig sein, welche a) das 25. Lebensjahr vollendet haben, b) mindestens ein Jahr lang Produktion geleistet haben, c) auf ihre Befähigung zur Vornahme der Seilfahrt von einem Maschinenmeister an der Maschine geprüft und d) für die gewissenhafte Befolgung der Vorschriften dieser Bergpolizeiverordnung durch schriftliche, in das Seilfahrtsbuch einzutragende Verhandlung von dem Meisterbeamten verantwortlich gemacht sind.

Der Eingabe ist eine ausführliche Begründung beigegeben, in der hervorgehoben wird, daß in letzter Zeit die Ungläcke bei der Seilfahrt sich in den verschiedenen Berggebieten stark gemehrt hätten, die zum Teil auf die mangelhafte Ausbildung der Fördermaschinenführer zurückzuführen seien.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Lohnverluste der Bergarbeiter im Ruhrgebiet.

114 583 000 M. Lohnverlust haben die Bergarbeiter im Ruhrgebiet vom 1. Quartal 1908 bis einschließlich 4. Quartal 1910, also in rund drei Jahren durch direkte Lohnreduzierungen erlitten, ungerichtet die Verluste, die ihnen durch die vielen Preisrückgänge entstanden sind.

Table with 4 columns: Viertel, Lohnsumme, Schichtzahl, Schichtlohn. Shows data for quarters 1-4 of 1900, 1909, and 1910.

Hiernach ist wieder eine kleine Steigerung der Löhne gegen das Vorquartal eingetreten. Für die einzelnen Arbeiterklassen sind die Löhne wie folgt ermittelt worden:

Table with 5 columns: Viertel, Eigenständige Bergarbeiter, Sonstige unterirdische Arbeiter, Arbeiter über Tage, Jugendlöhne. Shows percentage changes for various worker categories.

Als Hauer waren im ganzen 187 970 Mann, also die Hälfte aller Bergleute (genau 49,9 Prozent) tätig. Der Lohn ist durchschnittlich für die Schicht um 5 Pf. gestiegen, seit Beginn des Jahres um 18 Pf. Bei den sonstigen unterirdisch beschäftigten Leuten (92 824 Mann oder 27,4 Prozent) beträgt die Steigerung nur 2 Pf. für die Schicht; bei den über Tage tätigen Arbeitern (84 102 oder 19,1 Prozent) ist der Lohn derselbe geblieben wie im Vorquartal, hingegen ging er bei den Jugendlöhnen (12 081 oder 3,8 Prozent der Gesamtbeschäftigten) um 1 Pf. für die Schicht in die Höhe.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Christliche Agitation.

Wie die christlichen Gewerkschaften Agitation treiben, dafür ist nachstehender Vorgang typisch. Das Fahrpersonal der Kolmarer Straßenbahn beschäftigt, eine Lohnreduzierung und eine Regelung ihrer Dienstverhältnisse zu verlangen. Bisher erhalten die Straßenbahner in diesem städtischen Betrieb nach ihrer Einstellung in den Fahrdienst den Tagelohn von 3,— Mark zwei Jahre lang. Nach einer 10-jährigen Dienstzeit steigen sie auf 3,50 Mark, eine Bezahlung, die absolut ungenügend ist.

Ultramontane Arbeiterbeschimpfung.

Staatssekretär Dernburg hat eine Art Proportionalwahlverfahren zum Reichstag vorgeschlagen; zu dem Zweck soll das ganze Reich als ein einziger Wahlkreis behandelt werden. Alle im ganzen Reich abgegebenen Stimmen sollen zusammengezählt und durch die Gesamtzahl der zu wählenden Abgeordneten geteilt werden. Was herauskommt ist die Stimmenzahl, die auf einen Abgeordneten trifft. Damit soll wieder in die für jede Partei abgegebene Stimmenzahl geteilt werden und jeder Partei ihre Abgeordneten nach der laufenden Nummer einer eingereichten Kandidatenliste zugeteilt werden.

Bemerkung des Wahlrechts hingestellt. Danach wolle man erkennen, wie ernst es das Zentrum meint mit dem Reichstagswahlrecht und mit der Bekämpfung der preussischen Dreiklassenwahl.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Preussische Rechtsgleichheit.

Zustizrat Dr. L. Platau schreibt dem „Berliner Tageblatt“: „Die Generalversammlungen des Bundes der Landwirte nötigen stets von neuem zu einer die Rechtsgleichheit in Preußen berührenden Frage. Es ist bekannt, daß die Reichsregierung gerade mit Hilfe der konservativen Parteien seinerzeit jene Vorarbeiten des Bürgerlichen Gesetzbuchs durchsetzte, die die Polizeibehörden zum Einpruch dagegen berechtigen, daß ein „politischer, sozialpolitischer und religiöser Zweck“ verfolgender Verein durch Eintragung in das Vereinsregister korporationsrechtliche Erlange, die ferner einen schon „eingetragenen Verein“, der seiner offiziellen Satzung zuwider „politische, sozialpolitische oder religiöse Zwecke“ verfolgt, mit Verlußt der Rechtsfähigkeit bedrohen.

Die Junier würden auch einen hübschen Skandal machen, wenn ihre wegen nicht einmal das bürgerliche Rechtsgleichheit in Preußen mit Füßen getreten würde. Dann pfliffen sie einfach auf das ganze Familienleben.

Steuer-„Gepartei“ für Preussische Vereine.

Das neue preussische Stempelsteuergesetz besteht nun bereits im zweiten Jahre, aber noch immer trifft man ungemein häufig auf eine veraltete, gesetzlich nicht mehr begründete Heranziehung von Vereinen zur Stempelsteuer.

So wird vielen Vereinen von Amtswegen eine Stempelsteuer für die polizeiliche Genehmigung ihrer Tagungsbereitschaft auferlegt. Dabei ist aber eine solche Genehmigung nach dem jetzt allein maßgebenden Vereinsgesetz gar nicht erforderlich. Polizeiverordnungen, die trotzdem eine polizeiliche Genehmigung vorschreiben, wurden bisher in allen Fällen von den höchsten Gerichtshöfen schlanweg für rechtlich unzulässig erklärt.

Bei all den angegebenen Veranlassungen darf aber nicht jeder Verleibige aus dem Publikum Zutritt haben. Die Teilnahme muß sich beschränken auf Vereinsmitglieder und die von ihnen eingeführten Gäste. Doch kann von den Gästen unbedenklich Eintritts- oder Tagungsgeld erhoben werden, denn dadurch allein wird eine Vereinsfestlichkeit noch nicht genehmigungs- und stempelsteuerpflichtig.

Mancher pflichtfertige Vereinsstammler wird obige Aufklärung gern zum Vorteil der Vereinskasse ausnützen wollen, hierbei aber auf den Widerstand solcher Polizeibehörden stoßen, die an dem bisher geübten Verfahren festhalten wollen. Deshalb bedarf sein Verein eines aus Quellen gestützten Nachweises über die neuere Gesetzgebung und Rechtsprechung. Hierzu eignet sich besonders das neue Buch: „Die Vereins- und Versammlungsgesetzgebung in Preußen“, 450 Seiten stark, Preis 4 M. und 85 Pf. Porto. Zu beziehen direkt vom Verfasser: Emil Müller, Halle a. d. Saale, Schlichsack 210.

Knappschäftliches.

Zur Kassenfrage im Sprengel 196.

Wir ersuchen den Knappschäftsvorstand, endlich dafür zu sorgen, daß die Knappschäftskassenfrage im Sprengel 196 (Rauzel-Schwerin) gelöst wird. Der am 27. September gewählte Kasse ist, da er die erste Prüfung nicht bestanden, nach seiner Angabe trotz Beschwerde noch nicht wieder nachgeprüft worden.

Die Knappschäftsmitglieder müssen jetzt seit Januar zum Sprengel 193 laufen, um sich beim Kasse zu melden. Es ist doch zu bedenken, daß mancher arme Zeufel nicht so viel Geld besitzt, um mit der Straßenbahn fahren zu können. In solcher Lage bleibt dem Kranken nichts übrig, als im Dreck und schmutzigen Wasser 1/2—1 Stunde zu laufen. Da das für Kranke besonders vorteilhaft ist, möchten wir bezweifeln, öffentlich werden diese Zeiten genügen und mit dazu beitragen, daß die Sache geregelt wird.

Das Oberbergamt als Beschwerdestanz.

Der Bergmann L. arbeitet auf Zeche Viktoria in Lünen. L. wohnt in der Nähe der Zeche, während seine Frau und sein Kind in Hamm a. d. Lippe wohnen. Im Sommer vergangenen Jahres war L. gezwungen, einige Tage krank zu feiern. Auf die Frage, ob er mit seiner Frau zusammen lebe, erklärte L., dem den Krankenschein ausstellenden Beamten, daß er in Beckinghausen, seine Frau in Hamm wohne, jedoch unterstütze er Frau und Kind aus seinem Arbeitsverdienst. Irntümlicherweise beantwortete der Beamte die Frage mit ja. Da aber der Inhaber des Krankenscheines für die Richtigkeit der Angaben laut § 54 Abs. 2 des Statuts verantwortlich ist, so wurde L. vom Allgemeinen Knappschäftsvorstand vom 9. M. in Hamm genommen.

Der Oberbergamt wurde dann die Vernehmung des den Krankenschein ausstellenden Beamten der Zeche Viktoria angeordnet. Derselbe erklärte: „Dem Arbeiter Friedrich L. wurde am 22. Juli cr. auf Wunsch ein Krankenschein ausgestellt. Auf meine an L. gerichtete Frage, ob er verheiratet sei, erklärte er mir, daß er Frau und ein Kind habe, seine Frau wohne in Hamm und unterstütze er dieselbe. Wie ich nun dazu gekommen bin, die Frage: „Lebt er mit seinen Angehörigen zusammen?“ mit ja zu beantworten, kann ich mich nicht entsinnen.“

„Bei der Ausfertigung des Krankenscheines haben Sie angegeben, verheiratet zu sein und mit Frau und Kind zusammen zu leben. Nach unseren Feststellungen leben Sie jedoch von Ihrer Frau getrennt. Da aus den angegebenen Gründen die über Sie verhängte Ordnungsstrafe zu Recht erfolgt ist, können wir nicht im Sinne Ihrer Beschwerde auf den Vorstand des Allgemeinen Knappschäftsvorstandes einwirken.“

# Mißstände auf den Gruben.

## Oberbergamtsbezirk Dortmund.

**Beche Hugo I.** Im Revier 8, Abteilung 13 1/2, treten hier erhebliche Schlagwetter auf und wir glauben nicht, daß die Bewetterung in allen Fällen genügt, sie zu beseitigen. Sogar der Einfacher soll dort wiederholt schlechte Wetter festgestellt haben. Unter diesen Umständen müßte beim Schließen an den gefährlichen Stellen besondere Vorsicht geübt werden. Uns wird mitgeteilt, daß das nicht immer in genügender Weise geschieht. Ist das dem christlichen Sicherheitsmann nicht bekannt? **Beche Julia.** Der Wittagssteiger Sch. bezeugt Arbeiter in befehliger Weise als Paulenzer, Sonnenbrüder und Bagabunden, ja sogar Schläge bietet er ihnen an. Will der Herr dadurch etwa seinen Schuldungsgrad gelingen oder das gute Einbernehmen stärken? Offenlich macht ihm im Interesse der Arbeiter die Verwaltung begreiflich, was seines Amtes ist, dann wäre der Zweck dieser Zeilen erfüllt.

## Sannover, Braunschweig, Oeffen-Lippe.

**Wartungshausen (Anlage Grestorf).** Ansehender will man hier die Arbeiter so langsam an Dreck und Morast gewöhnen. Die Einfahrt ist hier in einem Zustande, daß es jeder Beschreiber spottet. Das Wasser läuft an den Fährten herunter, so daß die Arbeiter, wenn sie unten sind, sich acht Stunden an nassen Kleidern zu erfreuen haben. Um dieses zu verhindern, ist ja ein Kanal vorhanden, aber dieser ist derzeit angefüllt, daß sich das Wasser einen anderen Weg suchen muß. Wir erfragen hier dringend um Abhilfe. Wie das Arbeitsverhältnis, so auch das Lohnverhältnis. Die Kameraden mühten doch tüchtig mit 70-80 Mt. nach Hause gehen, ein Lohn, der kaum genügend ist, einen einzelnen Mann anständig zu ernähren, geschweige denn eine ganze Familie. Beschweren sie sich, dann heißt es, ihr solltet mehr gemacht haben. Ob dieses möglich ist, darum läßt man sich keine grauen Haare wachsen. Ja, erste Herren, die jetzt die Mietlätze haben, früher selbst mitschleppen mußten, haben es anscheinend vergessen, was sie zu leisten damals imstande waren, sie raten sogar von einer Wohnungsaufbesserung ab. Da diese Herren das Best in der Hand haben, so haben die Arbeiter das Nachsehen. Kameraden, diese Zustände zu beseitigen ist Pflicht eines jeden. Schließt euch zusammen! Auf die „Predigten“ des Affesses kann es nur eine Antwort geben: Hinein in die Organisation!

**Gewerkschaft Kohlenarbeiter (Frieden).** Benannte Gewerkschaft veröffentlicht — wie alle anderen Gewerkschaften dieses am Jahresabschluss zu tun pflegen — auch ihren Geschäftsbericht. Frohlockend verkündet sie aller Welt, daß das vergangene Geschäftsjahr trotz Synchrisse und Reichsabgaben für die Gewerkschaft als glänzend zu nennen sei. So sei nach Abzug aller Unkosten ein Reinerlös von 321 387 Mt. gegen 475 370 im Jahre 1900 zu verzeichnen, und freudbestrahlend teilt die Verwaltung den Aktionären mit, daß diese für ihre mühevollen Arbeit 400 000 Mt. erhalten sollen. Also 400 000 Mt. erhalten die Herren, welche vielleicht nicht einmal den Betrieb zu Gesicht bekommen, während die Arbeitenden mit einem sehr kleinen Lohn stillsitzen müssen, oft nicht wissend, wie sie den Hunger ihrer Kinder stillen sollten. Ja, zufrieden müßten die Vermissten der Armen noch sein, wenn sie trotz dieser Ungleichheit nur nicht auf Straßenpflaster flögen. Ist doch die Belegschaft vom 1. Januar 1910 bis zum 31. Dezember 1910 um 71 Mann verringert. Ungeachtet der Not, welche sich in den meisten Fällen bei den Entlassenen einstellt, erheischt es der Profit. So wird denn im angezogenen Bericht mit Benutzung festgesetzt, daß die Gestehungskosten weiter nicht unwesentlich gefallen seien. Kameraden! Wie oft sind wohl eure Gebirgsgefäße nach unten revidiert? Wie oft ist wohl euer Einfluß dagegen nicht gehört worden? Trotz des guten Geschäftes für „Ausharbeiter“ würdet ihr im Unteroffizierentum abgewiesen. Woher kam dieser? Leicht ist die Antwort zu finden. Eure Nützlichkeit für die Organisation veranlaßte die Herren, mit euch so zu verfahren. Früher war eine solche Behandlung wie jetzt unmöglich, weil damals Einigkeit unter euch war. Nachdem ihr aber dem Harmoniedusel gefolgt, hat man euch als Nullen betrachtet und so soll es weiter gehen? Schon der Gedanke an all dieses ist schmerzhaft, darum heraus aus eurer Lethargie! Hinein in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands! Eine ganze Reihe von Kammern haben auf Grund des Reichstagesgesetzes am Jahresabschluss bis zu 150 Mt. pro Mann an zu wenig erhaltenen Lohn nachgezahlt. Gabt ihr auch schon etwas davon verspürt? Nicht im geringsten! Ihr habt euch an den Vorjahren, die von des Reiches Tisch fallen, zu erfreuen! Wie es scheint, sind die Arbeiter nicht mehr gewillt, sich länger das Gefallen zu lassen, denn in letzter Zeit sind die Kameraden aufgerüttelt durch die Zumutungen, welche man an sie stellt. Die Folge ist, daß ein Teil der Belegschaft sich wieder dem Bergarbeiterverbande anschloß. Nur so weiter Kameraden! Es wird nicht mehr lange dauern, wo auch für euch wieder bessere Verhältnisse eingeführt werden können. Ein Wunsch sei auf diesem Wege dem Herrn Betriebsführer mitgeteilt, und zwar wird er ersucht, den Zeichenplan mal einer Reinigung zu unterziehen, denn bei diesen Zuständen kann man mit Schuhen nicht mehr durchkommen. Auch wird gebeten, wenn die Arbeiter von einer Kohle zur andern müssen, das Bezüge extra transportieren zu lassen. Bei dem jetzigen Zustand kommen Menschenleben in Gefahr.

## Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

**Kaligewerkschaft Ullidau-Sonderhausen.** Die Zustände auf diesem Werke geben den Arbeitern noch vielfach zu Klagen Anlaß. Es ist dies aber auch vielfach auf das Verhalten der Arbeiter selber zurückzuführen. Die Verwaltung sucht mit allen Mitteln, daß sich die Arbeiter ihrer Berufsorganisation zuwenden. In jede Versammlung der Zahlstelle werden Arbeiter als Spitzel entsandt. Und es ist traurig, daß sich immer noch Kameraden finden, die sich zu solch infamer Handlung hergeben. Der Fahrhauer Eisler tut sich da ganz besonders hervor. Jedenfalls durch Zuweisung besserer Arbeit gewinnt er Leute, die er dann zu diesen niedrigen Diensten verwendet. Er will sich offenbar dadurch die Gunst seiner Vorgesetzten erhalten. Wir können ihm nur das eine sagen, daß er dadurch den Vornamen der Organisation nicht aufhört, sondern es nur dahin bringt, daß wir uns auch mit seiner Person mal näher beschäftigen. Wie sehr die Verwaltung alle Kräfte hat, die Organisation zu fürchten, sei nur an einem Beispiele klargelegt: Das Werk hat eine Arbeiter-Unterstützungskasse, welche aus den hohen Strafgebühren — Strafen unter 1 Mt. gehören zu den Seltenheiten, meist wird mit 1-3 Mt. gestraft — und den verweirten Löhnen usw. gespeist wird. Der Fürst hatte zu seinem Regierungsjubiläum 5000 Mt. dieser Kasse gestiftet. Obwohl die Kasse nur den Zweck hat, durch Krankheit oder durch sonstige Ursachen in Not geratene Arbeiter zu unterstützen, entnahm der damalige Bergat Fuchs 1000 Mark der Unterstützungskasse und ließ Jubiläumsgeldmischstücke zu einer Art Orden umarbeiten und dekorierte damit sämtliche Arbeiter, als diese vor dem Fürsten Parade standen. Die meisten Arbeiter machten dann wieder Zweiermischstücke daraus und verwendeten sie bestimmungsgemäß. Trotzdem kann man auf der Parade mit einem manchen Vergnügen die „Orden“ heute noch prangen sehen. Diese Unterstützungskasse wird aber nicht ohne von Arbeitern verwaltet, sondern von den Betriebsführern. Wie dieses nun z. B. beim Obersteiger Klauke geschieht, sei hier kurz geschildert. Ist ein Arbeiter in Not geraten und er will die Kasse in Anspruch nehmen, so geht er zum Knappschäftältesten, welcher auch Beamter ist und nur pro forma den Arbeitern gewährt wird, der ihm dann den geeigneten Zeitpunkt sagt, wann er sein Gesuch beim Obersteiger anbringen kann. Schon öfters ist einem solchen armen Teufel der gute Rat gegeben: „Gehen Sie heute nicht hin, der Ober hat schlechte Laune.“ Also auf die Laune oder darauf, ob der Arbeiter gut angeschrieben ist, läßt es demnach an, ob der Arbeiter etwas aus der auch von seinem Gelde gespeisten Kasse bekommt. Aufreueung verursachte es, als ein Beamter ausplauderte, der Magazinvormalter Weber habe 200 Mt. aus der Unterstützungskasse erhalten, als sein Sohn konfirmiert wurde. Ob das wahr oder nur ein schlechter Witz ist, wissen wir nicht, da kein Arbeiter Einsicht in die Verwaltung der Kasse hat. Geschick sollte zwar ein Arbeiterausschuß wenigstens einen Einblick in die Verwaltung der Kasse haben, aber das gibt es auf der Gewerkschaft Ullidau nicht, solange sich die Arbeiter dieses selbstverständlichen Rechts nicht durch die Organisation erkämpfen. So sehen wir nun auf der einen Seite die um ihr gesetzlich garantiertes Koalitionsrecht kämpfenden Arbeiter und auf der anderen Seite ein selbstherrliches Beamtentum, das alle Bestrebungen der Arbeiter in schämsamer Weise bekämpft. Arbeiter von Ullidau! Werkt ihr nun, daß ihr auf dem rechten Wege seid? Die Verwaltung will sich die angemessene Macht nicht entreißen lassen. Das muß auch ein Anspruch sein, alles daran zu setzen, auch den letzten Mann der Organisation zuzuführen. Also, Kameraden, auf in den Bergarbeiterverband, dann sollen auch für euch bessere Tage zubrechen! Laßt euch nicht zu Denunziantendiensten gebrauchen, denn

Ihr verbessert nur Scheinbar dadurch eure traurige Lage. Ihr schadet damit nur der Gesamtheit und euch selbst!

## Königreich Sachsen.

**Verinsglück (Leisnig).** Immerwährend gehen uns Beschwerden zu über ungerechte Schikanierungen und beleidigende Behandlung der Arbeiter seitens der Beamten. Wir möchten doch einmal fragen, ob es denn nicht möglich ist, sich anzueignen, in dem Arbeiter das bestmögliche Wohlgefühl zu erwecken, wie der Beamte ist. Gar mancher der Beamten weiß gar nicht, was für eine große Null er ist und versucht nun, diese Unkenntnis seiner eigenen Persönlichkeit den Arbeitern ja recht fühlen zu lassen. Wenn die Herren außer ihrer Tätigkeit, Freude zu schaffen, noch Zeit übrig haben, so mögen sie recht hübsch darauf achten, daß möglichst Unfälle vermieden werden, das ist eine bleibere und christlichere Beschäftigung als Arbeiter zu schikanieren. Dann könnten doch einmal für die Steigörter Kübel hingeschafft werden. Es ist doch eine starke Zumutung, mindestens 20 Minuten die Zeit zu verlassen und noch obenhin über die Stunde klettern zu müssen, bevor man an diesen Ort gelangt, abgesehen davon, daß es bei dem elektrischen Betrieb manchmal noch mit Gefahren verbunden ist. Auch könnten die Fördergefäße einmal gereinigt werden. Der Dreck liegt da fingerdick darauf, so daß ein einmaliger Bruch eines Teiles vor dem vollständigen Zerbrechen gar nicht bemerkt werden kann. Einen vernünftigeren Luftleide- und Wasserraum zu schaffen, wäre endlich einmal an der Zeit. Der Wasserraum ist viel zu klein und hat zu wenig Draußen. Desgleichen ist es dringend nötig, eine entsprechende Unterfunktstelle für Fahräder zu schaffen. Manche Unkosten sind den Kameraden schon entstanden durch die Beschädigung der Räder. Andere Werke haben das schon längst einfach gemacht und Abhilfe geschaffen. Wo ist denn der Arbeiterauschuß?

## Oberbergamtsbezirk Breslau.

**Zuchgrube (Weißstein).** Bisher waren es immer die Schlesiichen Kohlen- und Cokeswerke, welche den Ruhm für sich in Anspruch nahmen, die niedrigsten Löhne von allen hiesigen Werken zu zahlen. Diesen zweifelhaften Ruhm scheint nun allen Ernstes die Zuchgrube dem Gottesberger Werk streitig machen zu wollen. Auf diesem Werk werden Löhne gezahlt, die niedriger sind als wie sie im Jahre 1900 üblich waren und nun bedente man, um wieviel die Preise für Lebensmittel und sonstige Gebrauchsartikel, Meizen, Feuerung usw. während der verfloffenen elf Jahre gestiegen sind. Wer sich heute die Lohnverhältnisse der Zuchgrube betrachtet und die ungenügender gestiegenen Ausgaben für die notwendigen Gebrauchsartikel daneben hält, der wird erst einen Begriff bekommen, wie ungeheuer elend heute eine Bergarbeiterfamilie dastehen muß. Es wird nicht mehr lange dauern, so wird nicht die alljährliche Fest, wohl aber der Hungerstich bei den niederschleichen Bergarbeitern jändlicher Gestalt sein. Wie die Lohnverhältnisse auf der Zuchgrube beschaffen sind, soll hier an einigen Beispielen geschildert werden. Im letzten Lohnjahr wurden in der VII. Abteilung Schichtlöhne für Lehnhauer von sage und schreibe 3,18 Mt. ausbezahlt. Davon gehen natürlich noch die üblichen Abzüge ab und kann sich ein jeder denken, was so ein Lehnhauer, der unter 3 Mt. pro Schicht verdient, an Lohnstage nach Hause bringt. Wollen Arbeiter mit solchen Meilenverdiensten nicht direkt zugrunde gehen, so müssen sie eben Schulden machen. Dieses trifft nicht allein beim verheirateten, sondern selbst beim ledigen Arbeiter zu. Zu der VI. Abteilung soll sich schon der Abteilungssteiger geäußert haben, daß in seiner Abteilung kein Hauer unter 3,50 Mt. pro Schicht nach Hause gehen braucht. Wie sieht es aber mit dieser Verheißung in Wirklichkeit aus? Wir können feststellen, daß ein lediger Lohnstage Hauer mit einem Schichtlohn von sage und schreibe 3,50 Mt. bedacht worden sind. Ob die Verwaltung glaubt, mit solchen Löhnen den Arbeitern eine reichstreuere Stimmung beizubringen?

**Königlu-Grube bei Jägrze.** Hier geht man immer mehr dazu über und läßt Hauer und Lehnhauer in Straßen und Durchgängen allein arbeiten, obgleich das doch unter Umständen sehr gefährlich sein kann. Selbst die Warnung des Sicherheitsmannes bei Anwesenheit eines Vertreters der Bergbehörde hatte keinen Erfolg. Dabei soll ein Mann in einer Schicht einen Meier aufpassen, zwei Stempel setzen und eine Kappe legen. Wird diese Leistung nicht erreicht, schimpft der Beamte oder droht mit Strafe, Verlegung in ein anderes Flöz oder gar Entlassung. Die Schusterei ist so arg, daß die Hauer manchmal nicht einmal Zeit gewinnen, um ihr Winterbrat zu essen. Sieben Jahre müssen die Arbeiter Wagen gelassen und weitere sieben Jahre gefüllt haben, bevor sie zum Hauer aufrücken, aber auch dann erhalten sie in der ersten Zeit nur Dreiertel des Hauerlohnes. Wir stehen durchaus auf dem Standpunkt, daß eine gute Vorbildung des Hauer nötig ist, glauben aber, daß das das Gute doch etwas zuzusetzen ist. Allerdings ist diese Einrichtung vorteilhaft für das Werk, aber nachteilig für die Arbeiter, die so lange Zeit zu einem geringeren Lohn arbeiten müssen. Auf dem Endeabsatz können die Arbeiter Entfertungskuren durchmachen. Die Antreiberei ist dort besonders stark, Wedinge und Löhne aber sehr niedrig. Im Antreiben und Verstrafen zeichnet sich besonders der Steiger auf Schicht a aus, dem die Arbeiter nicht recht machen können und der immer gleich mit Strafen bei der Hand ist. Die Arbeiter lassen sich das alles ruhig gefallen, weil sie es nicht wagen, sich zu beschweren. Das sind wirklich bedauerliche Verhältnisse!

**Segen-Gottes-Grube (Altwasser).** Wir brachten kürzlich einen Bericht über einen Unfall, der sich auf dieser Grube zugefallen hat und dem zwei Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Dagegen erklärt die Verwaltung eine „Verdächtig“ im „Feierabend“, im „Waldenburger Wochenblatt“ und der „Post“. Unsere Feststellung, daß die Rettungsapparate erst in Waldenburg geholt werden müßten und die Rettungsapparate erst um 3 1/2 Uhr eingezogen sind, wird zugegeben, aber behauptet, daß immer schon einige Rettungsapparate vor den Arbeitsstätten gelagert hätten. Das ist nicht zutreffend, die besagten Apparate haben vielmehr auf der fünften Sohle und nicht vor den Arbeitsstätten gelegen. Wäre die Verheißung richtig, so wäre das ein Beweis, daß die Arbeit gefährlich war und dann wäre es erst recht nicht zu verstehen, wie dort in zwölfstündiger, statt in sechsstündiger Schicht gearbeitet werden durfte. Wie uns berichtet wird, war ein Ventilator vorhanden, der aber viel zu nahe am Arbeitsort stand, so daß er zum Teil die schlechten Wetter wieder einfog, wodurch sich wieder vor Ort kommen. Der Umstand, daß mit einem Ventilator drei Arbeitster bewerkstelligt wurden, trug ebenfalls zur Verschlechterung der Wetterverhältnisse bei. Schon eine zeitlang vor dem Unglück mußte deshalb wiederholt mit der Arbeit ausgehört werden, was den Beamten auch bekannt war. Daß weder Tragfähre noch Kranwagen benutzt wurden, muß ebenfalls zugegeben werden; ja, noch mehr. In der Grube wurden die Verunglückten nicht einmal auf Brettern, wie berichtet wurde, sondern in Kohlenwagen über Tage geschafft. Auch unsere übrigen Angaben werden weder durch die Zeichenberichterstattung, noch durch die Erklärung der zwei gerechelten Arbeiter unterstützt. Aber auch über Tage sind die Verhältnisse nicht die besten. Die Keilsteiger müssen zwölf Stunden ohne bestimmte Pausen arbeiten. Ein Steiger hat zwei, der andere drei Feuerlöcher, so daß ihnen kaum Zeit bleibt, einmal frische Luft zu schnappen. Auch die Beschaffenheit der Kessel läßt sehr zu wünschen übrig. Weiter bleiben die Kessel, die nicht einmal alle dicht sind, über die festgesetzte Zeit im Betrieb, bevor sie gereinigt werden. Wenn der Wasserstand zu hoch ist, setzt es Strafe, ist er aber einmal wegen Betriebsstörung zu niedrig, so weiß man nicht, wer dafür verantwortlich zu machen ist. Türen und Fenster sind in schlechtem Zustande, die Dachlaken stehen offen, so daß Schnee und Regen ungehindert Zutritt haben. Trinkgefäße gibt es im Kesselhaus nicht. Wer Durst hat, muß in erhöhtem Zustande noch ein Stiefel laufen, um Wasser zu bekommen. Eine Einrichtung zur Aufbewahrung des Futterbrotes usw. ist ebenfalls nicht da. Für etwa 100 Arbeiter sind nur zwei Aborte vorhanden. Der Tagelohn eines Keilsteigers beträgt für die zwölfstündige Schicht nur 2,90 Mt. oder 2 1/2 Pf. pro Stunde. Früher gab es für das Auslesen von Kohlenstücken noch eine kleine Prämie; aber auch diese ist weggefallen, weil wegen der mangelhaften Beschaffenheit der Kessel die Stücklöhne zur Heizung verwendet werden müssen. Um wiedergewählt zu werden, ergabte der reichstreuere Sicherheitsmann und Pfennigfassenvertreter Verzicht, daß der Kassierer dieser Kasse 500 Mt. Kaution stellen müsse. Die Frage, ob er denn diese Kaution gestellt habe, mußte er verneinen. Bei Eröffnung der Wahl brachte er ein Hoch auf das Oberbergamt aus, wobei jemand ein Schimpfwort gebraucht haben soll. Obwohl sonst niemand etwas davon gehört hat und niemand angeben kann, wer der angebliche Käufer gewesen sein soll, wurden doch auf eine reichstreuere Denunziation hin drei Mann gefündigt. Als die Gefündigten den Betriebsführer nach den Namen der Denunzianten fragten, lehnte dieser die Beantwortung dieser Frage ab. Bei der Wahl war der alte Vorstand durchgefallen; dazu bemerkte der Betriebsführer: „Wenn ich bei der Wahl dabei gewesen wäre, so wäre die Sache ganz anders gemorden.“ Der Betriebsführer hätte sich noch etwas deutlicher ausdrücken müssen. Was

wäre geschehen, wenn er dabei gewesen wäre? Hätte er vielleicht auf die Arbeiter eingewirkt, gegen ihre Überzeugung zu wählen? Etwas anderes läßt sich aus seiner Äußerung kaum schließen!

**Segen-Gottes-Grube (Altwasser).** Schon oft konnten wir von diesem Werk berichten, daß dort vieles zu wünschen übrig bleibt. Besonders sind es die Lohnverhältnisse und die Behandlung der Arbeiter seitens der Beamten, welche zur Kritik geradezu herausfordern. So erhalten männliche erwachsene Tagesarbeiter bei einer Arbeitszeit von früh 6 Uhr bis nachmittags 8 Uhr die „kolossale“ Summe von 2,50 Mt. Arbeiten diese Leute bis 4 Uhr nachmittags, also eine Stunde länger, so gibt es gewöhnlich 25 Pf. mehr. Dabei wollen die Arbeiter aber auch die Wahrnehmung gemacht haben, daß Mitglieder des reichstreuere Vereins nur 1/4 bis 1/2 Stunde länger arbeiten und auch die 25 Pf. erhalten. Ein weiterer Mangelstand ist der, daß die 14- bis 18-jährigen jungen Schlepper die Arbeit, welche erwachsenen Männern eigentlich zukommt, verrichten müssen. Daß solche Arbeiten geeignet sind, den jungen Leuten direkt körperlichen Schaden zuzufügen bezw. sie frühzeitig zu Invaliden zu machen, das scheint man bei der Verwaltung nicht zu verstehen. Nicht genug, daß diese Leute überanstrengt werden, so legt es obenhin noch allerhand Schimpfwörter und sonstige Kraftausdrücke. In der Beschimpfung der Arbeiter tut sich besonders der Aufseher Brandt hervor. Ausdrücke, wie: Esel usw. sind bei ihm an der Tagesordnung.

## Aus dem Kreise der Ameraden.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

#### Schallende Ohrfeigen für die Gewervereinsleitung.

Die Gewervereinsleitung darf den zweifelhaften Ruhm für sich in Anspruch nehmen, daß sie den Grubenherren das Material lieferte, womit diese ihre ablehnende Haltung gegenüber den Bergarbeiterforderungen begründeten. So wurde dem Arbeiterausschuß der Beche Deutscher Kaiser, Schacht IV, entgegengehalten:

„Die derzeitige Lage läßt eine 15prozentige Lohnhöhung nicht zu, ein Teil der Belegschaft hat das aber auch selbst eingesehen, wie die Eingabe des christlichen Bergarbeiterverbandes, der nur eine Lohnhöhung nach Möglichkeit erbittet, beweist. Diese Möglichkeit liegt aber zurzeit auch nicht vor.“

Auf Beche Westende, Schacht IV, wurde dem Arbeiterausschuß gesagt:

„Eine 15prozentige Lohnhöhung ist nicht durchführbar, das hat auch die Gewervereinsleitung eingesehen; das sind einschlägige Leute.“

Herr Direktor Köh von Beche Consolidation II und VII benutzte zur Begründung seiner ablehnenden Haltung sogar ein von der Gewervereinsleitung herausgegebenes Flugblatt; er meinte, die „Christlichen“ hätten recht, es sei eine schlechte Zeit für die Grubenbesitzer. Dabei verteilte Consolidation von 1880-1910 folgende Dividenden: 11, 21, 20, 12, 8, 8, 12, 15, 18, 22, 25, 30, 27, 25, 20, 23, 30, 28, 25, 20 und 19 Prozent. Die Dividende ist also jetzt eine glänzende gewesen und die Begründung seiner ablehnenden Haltung wäre Herrn Direktor Köh jedenfalls sehr schwer geworden, wenn ihm die Gewervereinsleitung nicht das Material geliefert hätte. Zu dieser Zeitung können die genaueführten christlichen Kumpels sich wirklich gratulieren.

Auf Beche Helene in Alteneffen wurde dem Arbeiterausschuß ebenfalls entgegengehalten, die Lohnforderung sei nicht erfüllbar, das habe auch die Gewervereinsleitung anerkannt.

Die Verwaltung von Beche Karoline erklärte dem Arbeiterausschuß:

„Nicht sämtliche Belegschaftsmitglieder fordern eine Lohnhöhung, besonders die christlichen nicht; diese haben uns eine „Bitte“, einen Ausgleich zwischen hohen und niedrigen Löhnen herbeizuführen, eingebracht.“

Von vielen Grubenverwaltungen wurde die bestehende Teuerung, worunter die Bergarbeiter besonders schwer zu leiden haben, anerkannt. So erkannte z. B. die Verwaltung der Beche Anna die Notlage der Bergarbeiter infolge der Teuerung als vorliegend an, daran sel aber die Beche nicht schuld. Auf Beche Wilhelmine Viktoria wurde dem Arbeiterausschuß bei dem Hinweis auf die Teuerung gesagt:

„Wegen der Lebensmittelverteuerung sollen sich die Bergarbeiter bei den politischen Parteien bedanken, die diese verschuldet haben. Daran ist die Grubenverwaltung nicht schuld.“

Deutlicher noch wurde der Vertreter der Beche Rheinpreußen, welcher dem Arbeiterausschuß erklärte:

„Wegen der Teuerung sollten sich die Bergarbeiter beim Zentrum beschweren.“

Noch ehe der Zeichenverband die Eingaben der Verbände, wie den Vettelbrief des christlichen Gewervereins beantwortete, wußte ein Zeichenher einem Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ zu erzählen, daß die Forderungen abgelehnt würden. Dann meinte der Herr u. a.:

„Daß sich die Lebenshaltung auch im Ruhrbecken verteuert hat, ist richtig, aber darüber kann sich meines Erachtens der christliche Gewerverein erspriechlicher mit dem Zentrum unterhalten, als mit dem Zeichenverband.“

Aber nicht nur im Bergbau, sondern auch in anderen Industriezweigen sind den Arbeitern ähnliche, abweisende Antworten gegeben worden. Als die Arbeiter — vornehmlich „christliche“ — am 15. Juli 1900 der Textilfirma Moritz Steinberg in Mühlend-Grödenbach Lohnforderungen unterbreiteten und als Begründung anführten, daß nun alles wieder teurer werde, sagte Steinberg:

„Ja, da seid ihr selber schuld, warum wählt ihr euch solche Vertreter, die euch die Verteuerung machen.“

Nicht besser erging es später den „christlichen“ Untermeistern der Textilfirma Gebrüder Braunschweiger in Bocholt, als auch sie um Lohnzulage baten und auf die fortgesetzte Lebensmittelverteuerung hinwiesen. Der Fabrikant erklärte:

„Wir sind doch nicht schuld daran, daß alles teurer wird; geht doch zu euren Arbeitervertretern, denen ihr die Verteuerung der Lebensmittelbedürfnisse zu verbanken habt!“

Die „Christlichen“ vermochten hierauf nichts zu antworten und zogen schweigend ab. So müssen jetzt die Arbeiter infolge des Verschaltens ihrer „christlichen“ Führer leiden. Angesichts der fortwährenden Versuche der Zentrumsgewerkschaftsführer, diesen Karren Sachverhalt zu verdunkeln, muß man immer wieder darauf hinweisen, nicht zum wenigsten bei den besorgenden Reichstagswahlen.

## Der alte Verband gegen die mit ihm verbündete Polnische Berufsvereinsung.

Unter dieser Überschrift bringt die letzte Nummer des „Bergknappen“ an leitender Stelle einen Artikel, in dem er in gefälliger unehrlicher Weise Uneinigkeit unter die in der Lohnfrage einzig vorgehenden Verbände zu bringen sucht. Es ist ja das auch der einzige Zweck des „Bergknappen“, nur um die Arbeiter zu zerpfücken und Uneinigkeit zu stiften, wird er herausgegeben. Als Mittel zu diesem Zweck benutzt er diesmal einen von unserem Bezirksleiter Scholtz über den neunwöchigen Streik auf der Donnersmarke in Oberschlesien verfaßten Artikel, der in dem Organ der Polnischen Sozialdemokratie in Oberschlesien, „Gazeta Robotnicza“, erschienen ist, von unserer Verbandsleitung aber entzogenen mißbilligt wird. Es erübrigt sich darum, darauf näher einzugehen. Der „Bergknappe“ behauptet nun in verkehrtem Sinne, die „Gazeta Robotnicza“ sei die polnische Ausgabe der „Bergarbeiter-Zeitung“ und schließt daran die gehässige Bemerkung, die Polnische Berufsvereinsung würde für die bei der Lohnbewegung geleistete Hilfe in der deutschen „Bergarbeiter-Zeitung“ umschmeicheln, in der polnischen Ausgabe aber bekämpft. Unsere Verbandsleitung sandte hierauf an den verkehrten „Bergknappen“ folgende Verächtigung:

„B o d u m, 2. März 1911.“

An die Redaktion des „Der Bergknappe“.

J. S. des Herrn S. R u r u p.

E s s e n, Schützenbahn 62.

In der Nr. 9 des „Bergknappen“ vom 4. März d. J. bringen Sie einen Artikel unter der Überschrift: „Der alte Verband gegen

die mit ihm verbundene polnische Verbandsleitung. Da der Artikel in der nächsten Nummer des "Bergknappen" oben bezeichneten Artikel zu berichtigen wie folgt:

1. Es ist unrichtig, daß die "Gazeta Robotnicza" die polnische Ausgabe der "Bergarbeiter-Zeitung" ist. Wahr ist, daß die "Gazeta Robotnicza" das Organ der polnischen sozialdemokratischen Partei in Oberschlesien ist, auf dessen Schriftleitung die Verbandsleitung keinen Einfluß hat.

2. Es ist demnach auch unrichtig, daß die deutsche "Bergarbeiter-Zeitung" die polnische Verbandsleitung für die bei der Lohnbewegung geforderte Hilfe schamlosheit und in der polnischen Ausgabe bestämpt.

Wahr ist dagegen, daß die Verbandsleitung den fraglichen Artikel in der "Gazeta Robotnicza" nicht billigt und diese Mißbilligung auch sowohl der Redaktion der "Gazeta Robotnicza" als dem Verfasser des Artikels ausgesprochen hat.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

S. A.: Fr. Susemann.

**Lohnunterschiede der Bergarbeiter.**

Eines der schlimmsten Krebsulcer, die sich aus dem bestehenden den Arbeitern aufgezwungenen ungleichen Arbeitsvertrag als notwendige Folge ergeben, sind die großen Lohnunterschiede. Der Lohnverlust, der den Bergarbeitern des Ruhrgebietes vom ersten Quartal 1908 bis einschließlich vierten Quartal 1910, also in 8 Jahren entfallen ist, beträgt über 114 1/2 Millionen Mark; dieser Lohnverlust ist allein durch direkte Lohnkürzungen entstanden, die Lohnverluste durch die vielen Preisrückfälle sind dabei gar nicht eingerechnet.

Wird verkennet nicht, daß auch während der Krise, trotz der gewaltigen allgemeinen Lohnverluste an viele Arbeiter auch noch verschärfte Lohnkürzungen verhängt worden sind. Umso schlimmer aber muß sich der Lohnrückgang beim für die übrigen Arbeiter bemerkbar machen. In welchem Maße das der Fall ist, zeigen uns folgende Angaben aus dem Lohnbuch eines Säuerers von Zeche Catharina für die Zeit vom Oktober 1900 bis Januar 1911:

	Schichten Lohn pro Monat	Abzüge	Strafen	Reinverdienst	
Oktober 1900	26	120,22	7,00	2,50	4,68
November "	5	25,02	3,01	—	4,21 1/2
Dezember "	21	127,02	7,53	0,50	4,61
Januar 1910	25	126,88	0,50	0,50	4,65
Februar "	24	127,20	7,40	0,75	4,65 1/2
März "	25	120,62	8,14	—	4,66
April "	24 1/2	121,07	7,81	2,75	4,46 1/2
Mai "	24	121,75	0,58	—	4,67
Juni "	25	116,74	7,44	—	4,87
Juli "	26	109,20	7,33	—	3,91 1/2
August "	26	114,06	8,95	0,75	4,04
September "	25	105,80	7,20	—	3,92
Oktober "	26	110,87	9,39	—	3,90 1/2
November "	24	100,80	7,08	—	3,90 1/2
Dezember "	25	105	7,26	—	3,91
Januar 1911	16	71,82	6,88	—	4,06
Summa: 372 1/2	1741,92	123,21	7,75		

Die Gesamtsumme der Abzüge einschließlich Strafen betrug danach 130,96 Mark, sodaß für 372 1/2 Schichten noch ein Reinverdienst von 1 610,96 Mark oder 4,32 Mark pro Schicht verbleibt. Daß ein solcher Lohn nicht auskömmlich ist und eine Familie dabei langsam zu Grunde gehen muß, brauchen wir doch wohl nicht erst zu betonen. Und doch ließe sich bei etwas gutem Willen hier ein besserer Ausgleich schaffen. Aber dieser gute Wille ist leider bei den Grubenherren nicht vorhanden. Das schlimmste Krebsulcer wird daher erst verschwinden, wenn sich die Arbeiter einen Arbeitsvertrag erkämpfen haben, der ihnen ein Mitbestimmungsrecht sichert und der Willkür und Laune der Grubenherren und ihrer Beamten eine Grenze zieht.

Um zu zeigen, daß das von uns oben angeführte Beispiel nicht vereinzelt dasteht, bitten wir unsere Kameraden um Zusendung weiteren Materials.

**Nochmals die Verbands- und die Gewerkevereins-Abrechnung.**

In seiner Nummer 8 beschäftigte sich der "Bergknappe" mit der Jahresabrechnung unseres Verbandes mit der unerkennbar "freundlichen" Absicht, bei den Verbandsmitgliedern Mißtrauen gegen die Verbandsleitung zu erwecken. Wir versichern ja den Schmerz des Streikbrecherorgans, welches ihm die Verbandsabrechnung bereitet, zeigt sie doch, daß der Verband im letzten Jahre wieder einen guten Fortschritt gemacht hat, während der Besondere seine Feiern einen Fortschritt vorwärts muß, um überhaupt von einem solchen reden zu können. Wer die unerkennliche Unberücksichtigung der M.-Glabbacher "Christen" nicht kennt, müßte staunen über deren Kühnheit, sich auf dieses Gebiet überhaupt zu begeben, denn sie haben wirklich alle Ursache, daselbst möglichst wenig zu berühren. Auf diesem Kampffelde haben die "Christen" daher auch schon reichlich viel Prügel bekommen, aber gefolgt haben dieselben anscheinend immer noch nicht.

In der vorigen Nummer unserer Zeitung haben wir die Herren an die recht bedenklichen Manipulationen des "kleinen Jungen" bei der Gewerkevereinsabrechnung für das Jahr 1908 erinnert, ferner haben wir die "christlichen" Schwindelereien bezüglich ihrer Mitgliederstärke festgestellt. In Nr. 9 des "Bergknappen" nimmt letzterer Stellung zu unseren Ausführungen, geht aber über die von uns angegebenen Zahlen hinaus mit Eleganz hinweg. Dagegen fasselt er von uns unangenehme Feststellungen, die er gemacht haben will. Das ist doch der Gipfel der Unberücksichtigung und Heuchelei. Anstatt seinen Mitgliedern Auskunft zu geben über die von uns angegebenen Schwindelereien, tut der "Bergknappe" so, als hätte die Verbandsleitung über ihre Abrechnung Auskunft zu schaffen. Doch er ist dabei noch den Anschein gibt, als fordere er diese Aufklärung im Interesse der Verbandsmitglieder, jetzt der Heuchelei und Anmaßung noch die Krone auf. Denn das sollten die Herren doch wissen, daß die Verbandsmitglieder die Streikbrechergenerale und deren Organ, daß ihre Verbandsleiter dankend ablehnen. Aber da die Zeichnungen dieses Themas doch einmal angezeichnet haben, fordern wir sie auf, sich zu den von uns gemachten Feststellungen zu äußern, wenn ihnen das zu schwer ist, mögen sie sich nur an den "Genossen Heinrich" wenden, der wird es ihnen schon schriftlich geben. Unsere Mitglieder bitten wir, den Gewerkevereinsmitgliedern die von uns in der vorigen Nummer der "Bergarbeiter-Zeitung" sowie in der Tagespresse gemachten Feststellungen zu zeigen, damit sie einen Einblick bekommen in die "musterhafte" Rassenführung ihrer Organisation.

**"Bergknappe" und Sicherheitsmänner.**

Der "Bergknappe", Organ zur Förderung der Uneigentlichkeit und Zersplitterung unter den Bergarbeitern, veranlaßt in seiner Nr. 6 die "dreizehn wahrheitsgemäßen Genossen", die dem Arbeiterausschuß der sozialistischen Zeche Bergmannsglück angehören. Er unterzieht ihnen, daß sie in der Ausschreibung, so die Lohnforderung erörtert wurde, kein Wort dazu gesagt hätten. Was haben denn die sechs "Christen" gesagt, als ihre Mitschrift zur Sprache gebracht wurde? Haben sie nicht alle den Raubmord gemittelt? Der "Bergknappe" sollte doch da vor seiner Tür stehen! Die Ausführungen, die einer unserer Kameraden über den betrieblernen Holzhandel gemacht hat, werden vom "Bergknappen" ebenfalls in unangenehmer Weise wiedergegeben, zu dem offensichtlichen Zweck, zu verächtlichen und herunterzuziehen. Der Redakteur des "Bergknappen" gerinnt immer mehr an ungewollter Komik.

**Wie die "Christen" lügen.**

Der "allerchristlichste" "Bergknappe" beschäftigt sich in seiner Nr. 7 unter der Überschrift: "Ein Sicherheitsmann, wie er nicht sein soll" mit der Person unseres Kameraden W. Meier von Herne. W. wird beschuldigt, beim dienstlichen Befahren des Reviers die christlichen Schächeln ob ihrer Zugehörigkeit zum Bergarbeiterverein anzugreifen und sogar in Gegenwart der mitfahrenden Beamten. Daß das erlogen ist, weiß jeder, der nur halbwegs die Verhältnisse kennt. Zweifelloso wurde der mißverständliche Beamte, wenn derartige geschähe, darüber Meldung erstatten. Es will uns scheinen, als wenn die Mitglieder der "Bergknappen" den letzten Keil von Unberücksichtigung genommen hat, sonst würde er derartiges wohl kaum schreiben. Allein die Krone jetzt der Unberücksichtigung jedoch dadurch auf, daß er schreibt wörtlich:

"Jedeinstalls nimmt die Verwaltung der Zeche Schanzel sowie die Bergbehörde einmal Kenntnis von diesen Dingen und sorgt für Abhilfe. Dem Herrn Sicherheitsmann Wilhelm Meier aber möchten wir empfehlen, in Zukunft höchst artig zu sein und andere Leute ihrer Meinung nach denken und handeln zu lassen."

W. Meier! Und solche Gesellschaft nennt sich christlich! Demnach, damit der Kamerad eventuell gemahnet wird! Ihren Zweck erreichen die "Christen" Brüder allerdings nicht, da die Beamten wissen, daß die Behauptung erlogen ist. Auch die Beamten sind empört darüber, daß man ihnen unterstellt, bezweifelnde zu dulden.

**Der Gewerbeverein hat aufgehört Kampforganisation zu sein.**

Dieses Beugnis stellt ihm ein bürgerliches Organ, die "Magdeburgerische Zeitung", aus. Das Blatt stellt einen Vergleich zwischen den Jahresabrechnungen des Verbandes und des Gewerbevereins und den von beiden Verbänden aufgewandten Summen zu Unterstüpfungsziwecken an und bemerkt dazu:

"Diese Aufstellung zeigt, daß der Gewerbeverein für Kampfzwecke, Streiks und Ausperrungen, im Vergleich zum alten Verband nur geringe Summen aufwendet und fast aufgehört hat, eine Kampforganisation zu sein. Während der alte Verband in den letzten zwei Jahren für Streiks und Ausperrungen 450 000 M. aufwendete, kam der Gewerbeverein mit etwa 25 000 M. aus. Allerdings braucht der sozialdemokratische Verband bei seinem großen Vermögen bei der Entfaltung eines Kampfes auch weniger angestrengt zu sein; sein Bericht weist Ende 1910 einen Vermögensbestand von 1 256 743 M. auf, der Gewerbeverein führt einen Verbestand von 1 448 787 M. auf, daneben an Immobilien und Einrichtungen noch 450 400 M."

Diese Verschwendung des Gewerbevereins, selbst von bürgerlicher Seite, ist bezeichnend.

**Oberbergamtsbezirk Breslau.**

**"Christliche" Kampfweise und Erfolge in Niederschlesien.**

Seit ungefähr drei Jahren haben die niederschlesischen Bergarbeiter die zweifelhafte Ehre, den christlichen Gewerbeverein in ihrer Mitte zu beherbergen. Den hiesigen Bergarbeitern wollte es anfangs gar nicht einfallen, daß zu ihrer Zersplitterung noch eine Organisation notwendig sei, wurde doch die Zersplitterung, außer den vielen Kleinvereinen, von den schon vorhandenen Verbänden Verflucht und reichlicher Achtung zur Genüge betrieben.

Bekanntlich ist es bei den freigewerkschaftlichen Organisationen üblich, erst dann einen Funktionär in einem Bezirk anzustellen, wenn die dazu nötige Mitgliederzahl vorhanden ist. Diesen Grundsatz zu befolgen hat der christliche Gewerbeverein natürlich nicht notwendig. Bei ihm ist die Hauptsache, überall einen Saufen Leihdammel, wenn auch ohne Mitglieder, zu haben. Aus diesem Grunde und weil man da gleich mit zwei Mitgliedern im niederschlesischen Revier paradiere konnte, wurden gleich zwei Sekretäre angestellt. Nun wurden Versammlungen auf Versammlungen abgehalten, Artikel auf Artikel erschienen in der Presse, kurz und gut, man wollte dem dummen Schleißer einmal zeigen, was eine Karte ist. Alles war denn auch in besser Ordnung, es fehlte weiter nichts, als an dem Zufall von Mitgliedern. Trotzdem in den Versammlungen mit blutdürstigen Phrasen herumgeworfen und den Leuten Himmel und Hölle vorgeschwemmt wurde, blieben die Tausende von Mitgliedern, von denen man geträumt hatte, aus. Doch nicht nur dieses, selbst die kräftige Hausmannskost, die in den Versammlungen verabreicht wurde, blieb unverdaut liegen, die verdammten Kumpels fanden sich nicht ein. Genügte anfänglich ein Sekretär als Referent für eine Versammlung, so wurde dieses später anders, indem beide Sekretäre sich in die in der Versammlung errungenen Erfolge brüderlich teilten. Auf diese Weise eilte man von Sieg zu Sieg; zu unserem Leidwesen hielt man jetzt die Zeit für gekommen, einen von diesen "Gottesknechten" abzuberufen. Warum man dieses tat, weiß kein Mensch, wahrheitsgemäß zu bewegen, weil alle lebenden niederschlesischen Bergarbeiter dem christlichen Gewerbeverein angehören, es also nichts mehr zu organisieren gab. Als alleiniger Herrscher über ganz Niederschlesien und einige Dörfer blieb der frühere Totengräber und die Reichte der katholischen Sacharbeiter, jetzt Münchener-Grabbacher General Galle aus Wasser übrig.

Selbstverständlich steht jetzt Herr Galle als alleiniger Feldherr den Vernichtungskrieg gegen alles, was ihm im Wege war, fort. Nicht allein wurden von ihm die freien Gewerkschaften nebst der Sozialdemokratie kurz und klein geschlagen, auch die katholischen Sacharbeiter, mit deren Del befreundet Herr Galle zum "Gottesknecht" gefaßt worden war, kamen tüchtig unter die Räder. Selbst das Zentrum bekam angehts der Rolle, die diese "Arbeiterpartei" bei der Finanzreform gespielt hat, seine Prügel ab. Wie gründlich der Totengräber mit der gesamten Gegnerliste ausgeräumt hat, beweist ein Auspruch, wonach die gesamten Funktionäre der freien Organisationen des Waldenburger Bezirks der Reihe nach von ihm in den Sand gestreut worden seien, nur einer, der Kamerad Osterloh, sei ihm noch nicht vor die Ringe gekommen, doch auch diesem sei ein ähnliches Schicksal als den übrigen beschieden.

Die meisten Bergarbeiterverbände und Sozialdemokraten beruhen gewöhnlich der Herr Versenkungsrat gelegentlich der Hausagitation, die von ihm nach Schema F betrieben wird. Besonders den Frauen, wenn sie allein zu Hause sind, werden alle möglichen Räuberpietolen aufgebunden. Natürlich sind da die Leiter des Bergarbeiterverbandes die reinsten Ungeheuer und Verbrecher, nicht wert, daß sie von der Sonne beschiene werden. Selbst der Neuröder Streik, von dessen Entstehen und Verlauf dieser Herr ebenso viel kennt, wie der Esel vom Lautschlagen, muß zur Begeisterung des Bergarbeiterverbandes herhalten. Natürlich bringt er auf diese Weise in einem Tage nicht viel zustande, doch was schadet das, dafür wird desto "gründlicher" gearbeitet. Seine Parole ist: Nicht eher aus einer Bergarbeiterwohnung hinaus, bis mindestens einem halben Duzend Bergarbeiterverbände das Lebenslicht ausgeblasen ist. Im Vollgefühl seiner Kraft und geistigen Überlegenheit ladet Galle einzelne Verbände per Karte zu seinen Niesenmeetings ein. Schon zweimal, in Ober-Waldenburg und Gottesberg, hat er die Verbände vernichtet. In Zukunft werden diejenigen Verbände, die von Galle zum Duell geordert werden, gut tun, vorher das Testament zu machen, das letzte Stündlein dürfte ihnen geschlagen haben. Wie es in diesen beiden Versammlungen zuging, das erzählt Galle in Nr. 7 des "Bergknappen". In dem Bericht stellt er fest, daß im hiesigen Revier die Vertrauensleute des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes den Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter vernichten wollten. Schon zweimal seien solche Schwächer in seine Versammlungen geladen und sei ihnen freie Redezeit gewährt worden. Doch, o Weh! Das erste Mal (in Ober-Waldenburg. D. B.) habe der sozialdemokratische Revier mit Namen Franz nach dem Vortrage des Kollegen Galle erklärt, zu dem Vortrage könne er nichts hinzufügen, da er aber einmal da sei, so habe er eine halbstündige Vorlesung gehalten. Das zweite Mal, am 29. Januar in Gottesberg, habe Franz nach dem Galle'schen Vortrag erklärt: Zu dem Vortrage könne er nichts sagen, er habe kein Material hier. Doch auch hier habe er noch sein Sprüchlein: Der alte Verband sei religiös neutral, der alte Verband habe gute Kirchengänger als Mitglieder, bei einigen guten Willen wäre eine Verschmelzung der Verbände möglich — heruntergeleiert. Nach diesem habe der "Kapfer" mit seinen mitgebrachten Genossen das Lokal verlassen. Daß unser Kamerad Franz dieses tat, ist ihm nicht zu verübeln, ihm war eben das Leben viel zu lieb, als daß er es hier mühsam in die Schanzen geschlagen hätte. Daß nicht allein unser Kamerad Franz das Gefährliche der Situation übersehen hat, sondern daß auch die gesamte übrige Bergarbeiterchaft genau so denkt wie er, beweist die Tatsache, daß in den Versammlungen in Ober-Waldenburg und Gottesberg in einer acht und in der anderen fünf Besuche waren. Da die Münchener-Grabbacher mit den katholischen Sacharbeitern nach römischer Art Frieden geschlossen haben, so wäre es das Beste, wenn diese beiden Richtungen jetzt gemeinsame Versammlungen abhielten. Dadurch würde sicher bewirkt, daß die Besucherzahl von acht auf zehn gesteigert würde.

Daß Herr Galle die Größe fuderweise in seinem Gehirnskasten aufgespeichert hat, haben wir immer behauptet. Wie recht wir damit hatten, können wir in einem Bericht über eine christliche Bergarbeiter-Versammlung in Altwasser, in der dieser Herr sprach, im "Schlesischen Gebirgskurier" bestätigt finden. Nach diesem Bericht kam Herr Galle in seinem Thema: "Warum stehen wir auf staatsrechtlicher Grundlage?" auf die Amerikaner des Rechtsanwalts Dr. Liebnecht und auf einen (im Gehirnskasten des Herrn Galle spukenden) Ausspruch: "Ich bin im Auslande deutscher Patriot geworden" zu sprechen. Weiter behandelte er die Taktik der amerikanischen Milliardäre gegen ihre Arbeiter, sowie die Taktik des ehemaligen Sozialistenführers Briand gegenüber streikenden Arbeitern. Zum Schluß wurde neben der Auf-

forderung, für die christlichen Gewerkschaften warm einzutreten, dem Referenten noch die Niederlage und Taktik des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes während des Streiks in Pforzheim behandelt. Daß dieser glänzende, hinreißende Redner die bergmännischen Kenntnisse, die er als Totengräber gesammelt hat, nach diesen Leistungen nicht auch zum besten gab, ist ersichtlich; für die leeren Tische und Stühle, vor denen er seine Rede hielt, wäre das doch sehr befremdend gewesen. Daß Herr Galle nicht schon längst beim christlichen Gewerbeverein den Antrag gestellt hat, ihm einen zweiten Sekretär oder wenigstens eine Hilfskraft zu bewilligen, das stellt seinem Arbeiter und seinem Können alle Ehre aus. Nach seinem Jahresbericht, den er als Linksanwalt des christlichen Gewerbevereins herausgegeben hat, muß man sagen, bei diesem Manne geht es schlimmer zu, als beim geschicktesten Rechtsanwalt. Nach diesem Bericht ist von ihm im Jahre 1909 — lieber Leser, falle nicht auf den Mäcken! — an 89 Personen Rechtschutz Galle'scher Qualität erteilt worden. Schade, daß nur 30 Personen das Glück, von diesem Linksanwalt behandelt zu werden, zuteil geworden ist. Diesen Leuten ist nämlich nach Galle'scher Rechnung ein Verkapital von 844,35 M. erungen worden. Angefichts solcher Erfolge kann man nur jedem niederschlesischen Kumpel empfehlen, endlich dem Hute dieses Mannes zu folgen und sich nicht von Osterloh, sondern von ihm Rechtschutz erteilen zu lassen. Durch die Behandlung dieses Mannes verdienen die Leute ja fast mehr, als wenn sie auf der Grube arbeiteten.

Neben dieser anstrengenden Tätigkeit hat auch sonst überall der Galle'sche Stern geleuchtet, was seine Abrechnung über eingemommene Mitgliederbeiträge am besten beweisen. Danach hat er im vergangenen Jahre in ganz Niederschlesien rund 1000 Mark Einnahme gehabt. Von diesen 1000 M. gehen natürlich die Entschädigung für die Ortsverwaltung, die zu zahlenden Unterstüpfungen und das Gehalt des Bezirksleiters ab. Wieviel Schiffsalungen Geld dann noch übrig geblieben und nach der Zentrale nach Ofen geschickt worden ist, ist nicht bekannt geworden. Die Monatszeitsumme von 142,65 M. im Februar 1910 ist auf 80,95 M. im Dezember 1910 heruntergegangen. Das ist ein Erfolg, auf den Galle besonders stolz ist, hat er doch das Bestreben, seinem ehemaligen Beruf auch jetzt noch Ehre zu machen.

Aber auch sonst zeigt sich Galle seiner Münchener-Grabbacher Erzieher würdig. Schon im Mai 1909 war es, wo in einem Bericht im "Bergknappen" aus Niederschlesien der Verwaltung der Grube Neißer Trost in Reichenstein angezeigt wurde, daß ein paar dortige Arbeiter im Bergarbeiterverbande organisiert wären und warum diese Leute nicht entlassen werden. Doch nicht nur das, auch in neuester Zeit bringt man ähnliche Taten zustande. Um mit an die Futtertrippe der Reichstreuen und katholischen Sacharbeiter heranzukommen, verfuhr man dem Unternehmertum zu zeigen, wie artig die in ganz Niederschlesien vorhandenen 50 Mitglieder samt ihrem Bezirksleiter sind. Schon seit geraumer Zeit wurden die katholischen Sacharbeiter und das Zentrum in Ruhe gelassen. Wie lange noch und Herr Galle Arm in Arm mit Herrn Knoch und Herrn Wäsche von der Sacharbeiterleitung ist keine ungewöhnliche Erscheinung mehr. Wie man bestrebt ist, sich bei den niederschlesischen Grubenbesitzern anzubetteln, das wird am besten durch einen Bericht des "Bergknappen" vom 21. Januar bewiesen. Zum besseren Verständnis der Leser sei folgendes vorausgeschickt: Einige Beamte der Hermisdorfer Gruben hatten als Beweis, wie die Gelder im Bergarbeiterverbande verpulvert werden, den Schwinkel verbreitet, daß der Bergmann Nidel, welcher im Madboprogel als Zeuge figurierter, von unserem Verband mit einem Gehalt von 200 M. monatlich angestellt sei. Selbstverständlich stellte die "Bergarbeiter-Zeitung" das richtig. Das hielt aber den "Bergknappen" nicht ab, folgendes zu schreiben:

"Ein neuer Beweis für die Lügenhaftigkeit der "Bergarbeiter-Zeitung". Seit einiger Zeit enthält unser Schaben der Allgemeinheit fast jede Nummer der "Bergarbeiter-Zeitung" lügenhafte Berichte. So auch die Nr. 53 1910 unter der Aufschrift: Oberbergamtsbezirk Breslau, Haidschacht, III. Abteilung. Nach diesem Bericht soll von dem Bergverwalter Hornig, Obersteiger Wolf und Steiger Schmidt das Gericht kolportiert worden sein, daß der Bergmann Nidel infolge seiner günstigen Aussage für den sozialdemokratischen Verband während des Madboprogel vom Verband mit monatlich 200 M. Gehalt angestellt sei. Diese Schwindel nachrichtlich veranlaßte nun den Bergverwalter Hornig, in Gegenwart der anderen Beamten vor versammelter Belegschaft zu erklären: 1. daß die "Bergarbeiter-Zeitung" gelogen habe, 2. daß er (Hornig) infolge dieser Lüge annehmen müsse, daß alle übrigen Berichte auch nur Lügen seien. Bei einer solchen Taktik der "Bergarbeiter-Zg." dürfen wir uns nicht wundern, daß dort, wo der rote Verband seit Jahren seine Domänen besitzt, die Zahl der indifferenten Kameraden eine sehr große ist. Ein derartiges Lügengewebe muß jeden denkenden Kameraden abstoßen."

Man muß diesen Bericht zweimal lesen, um zu erkennen, wie tief diese Lügnerorganisation moralisch gesunken ist. Man bedenke: Ein Grubenbeamter schildert den Bericht der "Bergarbeiter-Zeitung" als unrichtig. Das genügt dem "Bergknappen", um wie auf Kommando sofort über den Bergarbeiterverband herzufallen und sich auf diese Weise bei der Grubenverwaltung anzubetteln. Doch das wird auch vergeblich sein, den Bergarbeiterverband in seiner Entwicklung kann man mit alledem nicht hindern. Die gesunde Einsicht der Bergarbeiter führt zum Bergarbeiterverbande, sie wird den Sieg doch davontragen.

**Saargebiet und Reichslande.**

**Rauber gegen Holz oder "Christen" gegen "Christen".**

... Lernen Sie erst anständig kämpfen! So lautet bekanntlich das Motto, unter welchem der Zentrum's Streikbrecher-Gewerbeverein seine berühmte Streikbrecheraktive eingeleitet hat. Es kann eben der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt, und dieser "böse Nachbar" das sind die "roten Brüder", die es nicht unterlassen können, die frommen M.-Glabbacher Christenlämmlein ständig zu necken, bis selbst diesen zornigen Christen die Geduld riß und sie nun Schutz im Lager der Unternehmern suchten. Doch der M.-Glabbacher Wegweiser ist zu bekannt, als daß er mit seinen Klagen über seinen bösen roten Nachbar, der ihn nicht in Frieden läßt, viel Glauben gefunden hätte, weiß ja alle Welt, daß von M.-Glabbach aller Streit, aller Bruderzwist ausgeht und daß sie selbst ihre christlichen Mitbrüder absolut nicht verschonen. Der Kampf zwischen M.-Glabbach und Berlin hat so häufige Formen angenommen, soviel Niederträchtigkeiten geboren, wie kein anderer und schlimmeres wäre noch gefolgt, hätten nicht die Bischöfe eingegriffen, um dem grautigen Spiel ein Ende zu machen, und doch waren hier die "roten Brüder" nicht die "bösen Nachbarn", die den Frieden stürzen, sondern — Christen gegen Christen.

Ein eben zu Ende geführter Prozeß zwischen dem M.-Glabbacher Generalsekretär und Katholiken Johann Rauber (Saarbrücker) und dem Berliner Sekretär und Katholiken M. Holz (Trier) zeigt uns wieder mit schrecklicher Deutlichkeit, wie notwendig den M.-Glabbachern die Verherrlichung der Raubung ist: "Lernen Sie erst anständig kämpfen!" Holz war früher in Saarbrücken als eifriger "Berliner" tätig und wurde deshalb von den M.-Glabbachern und ihrer "Saarpost" mit glühendem Haß verfolgt und als er 1909 nach Trier befehlt wurde, verfolgten ihn die M.-Glabbacher auch hier. Am 27. Februar 1910 fand in Trier eine vom "christlichen" Gewerkschaftskomitee einberufene Versammlung statt, in welcher der Parteivorsteher Lamberty (Trier) und der Vorsitzende der "christlichen" Maurer, Heide (Trier), gegen Holz den Vorwurf erhoben, dieser sei wegen Unterstüpfungen und ständiger Vergehen von Saarbrücken verstoßen worden. Holz war nicht anwesend und als ihm der Verlauf der Versammlung mitgeteilt wurde, drohte er die beiden zu verklagen, falls sie nicht öffentlich widerrufen würden. Anstatt zu widerrufen, hielten die "christlichen" am 4. April eine öffentliche Volksversammlung mit der Tagesordnung ab: "Die moralische Qualifikation des Arbeiterssekretärs Holz." In dieser Versammlung hielt der Saarbrücker Generalsekretär Rauber, ein ehemaliger "Genosse", das Referat und betonte, daß alles das, was Lamberty und Heide gegen Holz gesagt hätten, die volle Wahrheit sei, was er zu jeder Zeit beweisen könnte. "Machen Sie von meinen Ausführungen den weitesten Gebrauch, ich werde den Beweis zu jeder Zeit erbringen!" schrie Rauber in den Saal. Die christkatholische "Saarpost" vom 11. April brachte Raubers Rede ausführlich und da keine Trierer Zeitung über die Versammlung berichtete, schickte man einen großen Bogen "Saarpost" nach Trier, um den Katholik und Zentrumsmann Holz moralisch hinzurichten. Es folgten nun die gerichtlichen Verhandlungen und zwar zunächst gegen Holz am 11. Juli und 26. September v. J., zu denen Rauber als Zeuge geladen war, aber nicht erschien, und Heide, der sich alle Mühe gab, den Wahrheitsbeweis zu führen, mußte erfahren, daß er das Opfer M.-Glabbacher Verleumdung geworden war und nahm schließlich die

Neuherung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück, übernahm alle gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten, zusammen circa 400 Mk. Lamberth, dessen Klage am 18. August verhandelt wurde, verlegte sich auf Reuigen, bestreift, den Namen Holz überhaupt genannt zu haben. Er wurde jedoch durch fünf Zeugen überführt und da er den Wahrheitsbeweis gar nicht anzutreten vermochte, zu 50 Mk. und den Kosten verurteilt. Lamberth legte gegen das Urteil Berufung ein und benutzte die fünf Zeugen bei der Staatsanwaltschaft des wiesentlichen Meines die Staatsanwaltschaft prüfte die Denunziation, lehnte jedoch die Eröffnung eines Verfahrens gegen die Angeklagten ab. Die Strafkammer ermäßigte am 28. September die Strafe des Lamberth auf 20 Mk. nebst den Kosten. In dieser Verhandlung trug der Vorsitzende den Kläger Holz, warum er denn nicht gegen Rauber geklagt habe, anstatt gegen die Arbeiter, die doch schließlich nur nachgesagt hätten, was Rauber ihnen vorlagte, dieser demnach der eigentliche Täter sei, worauf Holz antwortete: „Rauber ist mit mora...“

Wegen dieser Neuherung verlangte Rauber nun Klage gegen Holz an, worauf dieser Widerspruch erhob und ist die Sache am 8. Februar dieses Jahres in Xrier am Schöffengericht mit einem „Vergleich“ abgetan worden. Rauber tritt in der Verhandlung, das gefast zu haben, was in dem „Saarpfost“ berichtet wurde. Diesen Bericht müsse er in allen Teilen als unrichtig zurückweisen, wie er auch entschieden bestritt, der „Saarpfost“ Material zu dem Bericht geliefert zu haben. (Namen „Saarpfost“, wenn selbst die W.-Glabbacher dich als Verlogen von sich schüttele!) Rauber nahm alle Beleidigungen gegen Holz mit Bedauern zurück, übernahm seine Kosten, worauf auch Holz die Beleidigung gegen Rauber zurücknahm und beide ihre Klagen darauf zurückzogen. Rauber hat 150 Mk. Kosten zu tragen, während Holz mit 20 Mk. davonkam.

So die „Christen“ unter sich. Und solche Leute haben noch die Skrupel, anderen, ehrliehen Leuten vorzuhelfen, sie sollen erst ausständig kämpfen lernen!

„Christlicher“ Mitgliederbetrug.

Der noblen Tat, die die W.-Glabbacher Gewerkschaftskritiken bei der Lohnbewegung auf Schacht Merkenbach dadurch begingen, daß sie erklärten, eine Lohnbewegung bei „den schlechten Zeiten“ nicht mitzumachen, fügen sie jetzt noch die Verhöhnung der Kameraden hinzu. Der „Werkzeuge“ behandelt die Lohnbewegung auf Merkenbach und macht dann der Verbandsleitung den Vorwurf, die Arbeiter „freiwillig“ getäuscht zu haben. Es hätten der christliche Gewerksverein mit angegangen und die Hoffschächte mit einbezogen werden sollen. In Xrier sei der Gewerksverein viel stärker als der Verband, dort habe letzterer 1000 schon 2800 Mitglieder gehabt, zu denen 1910 noch 300 hinzugekommen seien, mithin im ganzen 2800 Mitglieder. Diesen Artikel hat auch die „Vorbacher Bürgerzeitung“ zur höheren Ehre der W.-Glabbacher und um dem Verbands ein auszuweisen, abgedruckt. In Spittel sowohl als in Nosseln lag es nicht am Verband, sondern an den „Christlichen“, daß nicht nur keine Lohnforderungen gestellt, sondern, wie auf den Hoffschächten, sogar eine 10prozentige Lohnkürzung ohne Murren hingenommen wurde. Vom Verband ist die Forderung des Schachtes Merkenbach schief bedauert worden, aber schämmer noch als diese Forderung war, daß der „Christliche“ Teil der Belegschaft dem andern in den Rücken fiel, somit isoliert und uneinig war, was Direktor Glade „die vernünftige Haltung“ der „Christlichen“ nannte. Aber bei der „Stärke“ von 2000 Mitgliedern auf den Hoffschächten hätte man erwarten sollen, daß die „Christen“ doch wenigstens einen Versuch gemacht hätten, die 10prozentige Lohnkürzung ab Januar 1911 abzuwehren. Aber nichts, gar nichts haben sie unternommen, als den Schwindelartikel gegen den Verband gedruckt, in dem sie der Öffentlichkeit und sich selbst hohe Mitgliederzahlen vorkauften, die sie nicht haben. Nach der Abrechnung im „Vergleichsprotokoll“ hat der christliche Bergarbeiterverein in folgenden Ortschaften eingemommen:

	Oktober 1910	Dezember 1910
Klein-Hoffeln	48,65	50,75
Groß-Hoffeln	47,30	60,35
Stieringen	—	23,40
Vorbach	24,00	16,55
Emmersweiler	31,70	40,65
St. Nikolaus	7,20	14,40
Maricau	10,20	10,60
Naßweiler	15,50	10,05
<b>Gesamt</b>	<b>184,55</b>	<b>244,75</b>

Das ergibt für diese Ortschaften zusammen eine Mitgliederzahl für Oktober 117, für Dezember 122 und da in diesen Ortschaften drei Viertel der Belegschaft der Hoffschächte wohnt, in anderen Ortschaften wie Glashütte, Worsbach, Rodern usw. überhaupt keine „Christlichen“ sind, wollen wir für den Rest der Belegschaft noch die 78 „Christlichen“ gewähren, dann haben die Zentrumblätter „für Wahrheit und Recht“ genau 2400 Mitglieder hinzugezogen! Nicht 2800 Mitglieder haben die „Christlichen“ auf den Hoffschächten, sondern kaum 200 und diese nehmen noch zu wie der Märzschnee in der Sonne. Wohl haben die „Christlichen“ hier für eine kurze Zeit einige hundert Mitglieder gehabt, aber diese jenseit wieder laufen, als sie erkannten, was mit der famosen „Gewerkschaft“ los ist. Was sie aber fertig gebracht haben, ist, daß sie mit Hilfe des Xierus den Verband und damit die Organisation gestört, damit die Xierus den Verband ohne Gefahr eines Streiks, ja ohne Murren „ihren“ Arbeitern die Löhne um 10 Prozent kürzen konnte.

Lohnbewegungen und Streiks.

Streit auf Zeche Bergmann, Witten.

Auf dieser Zeche wurde am 28. Februar 1911 durch Herrn Assessor Richter, der erst seit Anfang Februar dieses Jahres seine Tätigkeit hier aufgenommen hat, den Hauern das Beding ganz erheblich geändert. Es wurde das Beding, das bisher auf 1,20 Mk. stand, auf 1,00 Mk. reduziert. Dann sollten diejenigen Betriebspunkte, die im Monat 550 Wagen Kohlen lieferten, eine Prämie von 25 Mk. haben. Die Bedingereuzierung sollte für den Monat März in Kraft treten. Die Zeche bezug also Kontraktbruch. Die Arbeiter, die ebenfalls eine Lohnerhöhung erstreben, ließen sich diesen Lohnabzug nicht gefallen und traten am 2. März geschlossen bis auf den letzten Mann in einen Abwehrstreik. Es fanden dann sofort Verhandlungen zwischen dem Arbeiterausschuß und der Zechenverwaltung statt, über deren Ergebnis in einer Belegschaftsversammlung, die nachmittags stattfand, Bericht erstattet wurde. Das Ergebnis ist folgendes: 1. Das Beding bleibt auf 1,20 Mk. bestehen. Die Reduzierung wird zurückgezogen, das Prämiebeding wird ebenfalls zurückgezogen; 2. Ein Arbeiter, der sonst 4,25 Mk. verdiente, wurde aus seiner Arbeit herausgelegt und an eine Maschine gestellt, wo er nur noch 3,50 Mk. verdienen sollte. Dieser Arbeiter bekommt den alten Lohn weiter; 3. In dem Hauptflöz, wo bis jetzt die Kohle durch Schiechen gewonnen wird, soll in Zukunft geschnitten werden. Das Beding soll herabgesetzt werden, wogegen es sonst hieß, mehr gibt es nicht; 4. Deputatlohn sollen jetzt 3 Mk. kosten, wogegen sie sonst mit 5 Mk. bezahlt wurden. Bruttosoll sollen für 3,50 Mk., und falls die Belegschaft absolut darauf besteht, für 3 Mk. abgegeben werden; 5. Lampenreparatur und die Seilfahrt sollen geregelt werden; 6. Löhne für die Hauer unter 5,50 Mk. sollen geregelt werden; 7. Familienrentenkasse soll eingeführt werden, wenn die Honorars für Verzte nicht mehr wie 4,50 oder 5 Mk. betragen, im anderen Falle sollen noch Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß gepflogen werden.

Die Belegschaft beschloß hierauf einstimmig, falls die getroffenen Vereinbarungen eingehalten würden, am 3. März die Arbeit wieder aufzunehmen. Das geschah! Aber der Assessor wollte die getroffenen Vereinbarungen die Bedingereuzierung zurückzunehmen und den unter 5,50 Mk. stehenden Hauerlohn zu regeln, nicht einhalten, überhaupt wollte er sich nicht mehr erinnern, dieses versprochen zu haben und so trat die Belegschaft am Nachmittag wieder in den Ausstand. Am 4. März wurde aber die Arbeit wieder aufgenommen und neue Verhandlungen angebahnt, über die vom Arbeiterausschuß am 12. März berichtet werden soll. Jedenfalls ist das Verhalten der Verwaltung von Zeche Bergmann geeignet, daß Mißtrauen und die Unzufriedenheit der Arbeiter noch zu steigern. Wenn von den Arbeitern noch verlangt wird, daß sie den ihnen aufgewandenen Arbeitsuntertrag einhalten sollen, so muß die Zechenverwaltung erst recht mit gutem Beispiel vorangehen und vor allen Dingen auch gegebene Versprechungen halten.

Zum Bergarbeiterstreik auf den Regener Gruben.

Seit dem 1. Februar streiken 97 Prozent der unterirdischen Belegschaft auf den Erzgruben Sicilia und Sächlichen in Reggen

(Sauerland) um eine Lohnerhöhung von 15 Prozent. Der Streik wird vom Kirch-Dündericher Gewerksverein und dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter geführt. Die Werke verlassen nun, Arbeitswillige heranzuziehen. Kein ehrlicher Bergarbeiter aber darf sich zum Streikbrecher hergeben. Obwohl die Zeitung des christlichen Gewerksvereins auf Zeche Lukas und in Oberbahren in Bergbau und Bauhandwerk, den Streikbruch proklamierte, wollen wir nicht Gleiches mit Gleichem vergeten. Zugug ist darum streng fernzuhalten!

Lohnbewegung im Zeit-Wellensfeld-Mensfeldw.-Vornae Revier.

Am 6. März fanden in obigen Revieren vier große Bergarbeiter-versammlungen statt, die von über 5000 Personen besucht waren. Nach Erstattung eingehender Referate wurde beschlossen, daß die in Frage kommenden Verbände die Tarifverträge sofort bei den Unternehmern einreichen sollen. Es kommen neben unserem Verband noch der Zentralverband der Maschinenisten und Heizer, die Polnische Berufsvereinigung und der Kirch-Dündericher Gewerksverein der Fabrik- und Handarbeiter in Frage.

Briefkasten.

F. L., Waldburg. Du bist im Unrecht, was Du eingeschickt, ist immer erschienen. Allerdings können Einsendungen, die erst am Freitag oder Samstag eingehen, vielfach nur noch für die nächste Nummer verwendet werden, wenn sie besonders wichtig sind. — G. S., Carnap. Wir haben doch schon in letzter Nummer mitgeteilt, daß die Einhebung nicht zu verzweifeln ist, weil solche Gespräche, wie sie darin angeführt werden, wenn sie auch wahr sind, in der Regel nicht bewiesen werden können. — V. L., Bochum V. Wennt Euch doch mit solchen Beschwerden an den Arbeiterausschuß; falls dieser versagt, könnt Ihr mit größerem Recht Kritik in der Zeitung üben.

Einteilung der Wahlbezirke für die Generalversammlungs-Delegierten.

Nachstehend veröffentlichen wir die Einteilung der Wahlbezirke, wie sie uns von den einzelnen Bezirksleitern übermittelt wurden. An der Einteilung ist bei der Wahl unbedingt festzuhalten. Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß die Wahl genau nach dem in Nr. 7 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 18. Februar d. J. veröffentlichten Wahlreglement vorgenommen werden muß. Die Delegiertenwahlen, welche nicht auf Grund des genannten Wahlreglements getätigt wurden, oder wo nachstehende Einteilung der Wahlbezirke nicht innegehalten wurde, müssen für ungültig erklärt werden.

Wahlbezirks-Einteilung.

Wahlbezirk	Delegierte
<b>Bezirk 1 (Hamm).</b>	
1. Aßeln, Vadum-Hövel, Hamm, Hamm-Nord, Mark und Wiescherhöfen	1
2. Altenbärg, Bönen, Heeren, Königsbörn, Lünern und Mühlhagen	1
3. Afferde, Wilmerich, Waisenerheide, Niedermassen, Obermassen und Lina	1
4. Kamen II, Münthe und Berne a. d. Lippe	1
5. Breilchen-Methler, Kaffexau, Kamen I und Kamen III	1
<b>Bezirk 2 (Lünen).</b>	
6. Brambauer und Brechten	1
7. Derne, Grevel, Kirchberne und Lünen-Süd	1
8. Hohlbede, Kaufhor, Horkmar, Lüdinghausen, Lünen-Nord, Niederaden, Oberaden und Selm	1
<b>Bezirk 3 (Dortmund).</b>	
9. Eving I, II und III	1
10. Aßeln, Bradel, Wambel und Wiede	1
11. Dortmund II, IV, V und Scharnhorst	1
12. Dortmund I	1
13. Deufen, Dorstfeld, Dortmund III, Sudarde und Bindenhorst	1
14. Aley, Marten, Deipel I und II und Rahm	1
<b>Bezirk 4 (Castrop).</b>	
15. Mülgendorfmund	1
16. Frohlinde, Kirchlinde, Somborn und Westrich	1
17. Bobelschwing, Bödinghausen und Netze	1
18. Deininghausen, Groppenbruch, Jdern und Mengebe	1
19. Habinghorst, Mangel I und II	1
20. Börnig-Holthausen, Castrop I, II und III	1
21. Obercastrop und Sodingen	1
<b>Bezirk 5 (Sickinghofen).</b>	
22. Annen I, Annen II, Sickinghofen und Stodum	1
23. Waxop, Sickinghofen, Nöbdruch und Menglinghausen	1
24. Armininghausen, Gachench, Kirchhörde, Vöckenberg und Wellinghofen	1
25. Benninghofen, Berghofen, Hödjien I und II, Schwertkerheide und Sommerberg	1
26. Sickinghofen, Gengien, Holzwickede und Sölde	1
27. Aplerbeck, Aplerbeckermart und Schüren	1
28. Auf dem Schnee, Wittermarkt, Ende, Hohenburg, Krudel und Schanze	1
<b>Bezirk 6 (Linden-Gratingen).</b>	
29. Gaborn, Gählinghausen, Hiddinghausen, Silschebe und Vormholz-Durchholz	1
30. Bonmern, Herbede, Heben, Wengern, Weißherbede und Witten	1
31. Oberenscheid, Holfhausen (b. Gatingen), Nieder-Sprochhövel, Ober-Sprochhövel und Stüter	1
32. Altdorf (Ruhr) I und II, Mankenstein, Gatingen, Nieder-Bonsfeld, Niedermettern, Wng-Waak und Linden	1
33. Dahlhausen I und II, Freisenbruch, Horst und Hörsterholz	1
34. Honege, Dtholz, Stiepel I und II, und Weimar I	1
35. Altenbochum und Laer	1
<b>Bezirk 7 (Bochum).</b>	
36. Bochum I, II, IX und Querenburg	1
37. Bochum IV, V, VI und VIII und Nierke	1
38. Bochum VII, Eppendorf und Weimar II	1
39. Bergen, Bochum III, Harpen und Giltrop	1
40. Langendreer I und II	1
41. Kallehardt und Berne	1
<b>Bezirk 8 (Meddinghausen).</b>	
42. Nerne	1
43. Baukau, Horsthausen und Möllinghausen	1
44. Disteln, Hochlar, Hochlarmark, Meddinghausen-Süd I und II und Studenbuhd	1
45. Herlen, Langenbochum und Weiserhoff	1
46. Drever, Dülmen, Haldern, Hüls, Hamm-Hofendorf, Mael, Scherlebe, Sinsen, Steineknug-Dreuer	1
47. Erkerschwid und Meddinghausen	1
48. Datteln, Genrichenburg, Meddinghofen, Suderwich und Walzrop	1
<b>Bezirk 9 (Bottrop-Glabbed).</b>	
49. Bottrop I, II und Osterfeld i. B.	1
50. Braud und Butendorf	1
51. Buer und Bülfe	1
52. Beckhausen, Horstermarkt und Horst-Emischer	1
53. Dorsten, Eric I, Eric II und Nette	1
54. Glabbed I und II	1
<b>Bezirk 10 (Welsenkirchen).</b>	
55. Welsenkirchen I und VI	1
56. Welsenkirchen II, V und VII	1
57. Welsenkirchen III, Garbel und Leithe	1
58. Welsenkirchen IV, VIII und Köhlinghausen	1
59. Sidel und Günnigfeld	1
60. Hölterhausen und Wanne	1
61. Höntrop, Wattencheid und Westensfeld	2
<b>Bezirk 11 (Essen-Ost).</b>	
62. Rothhausen und Schonnebeck	1
63. Frillendorf, Fraj und Schonnebeck I	1

Wahlbezirk	Delegierte
64. Bergeshausen, Mellingshausen, Stecke und Lieberuhr	1
65. Bredeneh, Heilingen, Kupfedreh, C. Müllenscheid und Werden	1
66. Essen	1
<b>Bezirk 12 (Essen-West).</b>	
67. Altenessen	1
68. Karnap und Katernberg	1
69. Essen-West-Altdorf, Schönebeck und Stoppenberg	1
70. Begeborbed, Worsed und Frintrop	1
71. Welsing, Essen-West-Frohnhagen, Essen-West-Holterhausen, Julerim, Hanzopf und Heizen	1
<b>Bezirk 13 (Oberhausen).</b>	
72. Dampfen I, II, III, Mühlheim I, II, Mühlheim-Holthausen und Mühlheim-Speldorf	1
73. Alfladen, Weidrich I, II, III und Oberhausen III	1
74. Oberhausen I, II, IV, Sterkrade I und Sthrum	1
75. Wiefang, Hamborn I, Hiesfeld, Hotten, Dinslaken, Sterkrade II und Unterloßberg	1
76. Schmidtthorst, Wuschhausen	1
77. Obermargloh	1
<b>Bezirk 14 (Mörs-Bruchhausen).</b>	
78. Albenrade-Walfum, Jähren, Hamborn II und Margloh	1
79. Aßberg, Beed, Hochheide, Homberg, Kuxtorf-Laar und Schwafheim	1
80. Wierlich, Hochtrab, Meerbed, Mörs, Repten und Blum	1
<b>Bezirk 15 (Dannover-Lippe).</b>	
81. Ahnen, Kirchherten, Kraitshagen, Kretshagen, Lietwegen, Nienstädt, Oberfirchen, Oberwöhren, Molschagen, Silbed, Stammen, Wehen und Wendthagen	1
82. Argestorf, Bredeneck, Haringhausen, Lebedorf, Egehorst, Empelbe, Wehden, Hahighorsterweg, Hohenbassel, Krieger-Wennigen, Linden b. S., Rennorf, Remdorf, Ronnenberg, Stadthagen, Winnen, Mettem, Buchholz, Rodewald, Wilten, Steinhude, Nienjedi (Deister), Wieze, Nische, Weizen und Messenkamp im D.	1
<b>Bezirk 16 (Hilbesheim).</b>	
83. Ulfeld, Alershausen, Breitenbach, Burgdorf i. S., Einbed, Egershausen, Ebed, Fallerleben, Freden, Gierwalde, Gromau, Groß-Möhlen, Gardegen, Hilbesheim, Jähingshausen, Jlen, Lamspringe, Lübbchen, Lübbe, Dithelm, Sarjedi, Schnde, Thiede, Weisinghausen, Wathlingen, Wolfenbüttel, Wuftrum	1
<b>Bezirk 17 (Braunschweig).</b>	
84. Albersdorf, Aghendorf, Varnedorf, Wefendorf, Vorne, Duddenjedi, Egein, Emmertiedt, Ebed (Kr. Helmstedt), Eigerleben, Frellstedt, Groß-Germersleben, Hamersleben, Harbe, Helmstedt, Hornhausen, Stötenleben, Kochstedt-Börsene, Oflleben, Ocherleben, Otleben, Nienstedi, Schöningen, Sippelingen, Tarkun, Unseburg, Wöple, Warberg, Wefensleben, Westeregen, Wierode (Harg), Wolfsdorf, Zellerfeld	1
<b>Bezirk 18 (Verden).</b>	
85. Gammth, Gräben, Reichardtswerben, Teuchern, Tollwitz, Trebnitz und Werden	1
86. Fahrenmüssen, Ludenau und Raundorf	1
87. Bornitz, Böbris, Areschau, Osterfeld, Theigen und Zeit	1
88. Meuselwitz und Neuhmsdorf	1
89. Neitz, Wintersdorf und Zippendorf	1
90. Borna, Braunsdorf, Dölsch, Etscheld, Frohburg, Großsch, Köferrn, Lufa, Marxfrankfurt, Möllis, Ramsdorf, Regis, Steinbach, Thraua, Wybra und Zwenkau	1
<b>Bezirk 19 (Halle).</b>	
91. Acherleben, Froje, Gatterleben und Sanderleben	1
92. Aken, Verburg, Galbe, Gornigt, Witten, Heddingen, Lebedorf, Köderburg, Bömmelke und Stahfurt	1
93. Ammendorf, Halle, Kemberg, Lettin, Mädeln, Nietleben, Osmünde, Pötau, Sandersdorf und Sennewitz	1
<b>Bezirk 20 (Sangerhausen-Mansfeld).</b>	
94. Amadorf, Esperstedt, Erdborn, Höhnstedt, Langenbogen, Oberablingen, Stedten, Teufschenthal, Schraplau, Wosferode	1
95. Eisleben und Biemelsburg	1
96. Aghsdorf, Helbra und Klostermansfeld	1
97. Gerstedt, Hettstedt und Wolmed	1
98. Aghsdorf, Bernterode, Mankenhain, Großörner, Gillingen, Högendorf, Lautbr., Mansfeld, Menterode, Nebra, Neustadt, Orlsleben, Pfirsichthal, Reitenberg, Rohlleben, Sangerhausen, Sonder..., n und Wolframshausen	1
<b>Bezirk 21 (Senftenberg).</b>	
99. Badwitz, Gostabratt, Dreßlau, Gohra, Hörlich, Klettwitz, Meuro, Neu-Weßow, Nauno, Räschen, Reppitz, Sauro, Senftenberg I, II, III und Schiplau	1
100. Wöpen, Braunsdorf, Groß-Kölsig, Grünberg, Guben, Hartau, Hirschfelde, Kölsfurt, Kretschau, Kromlau, Lichtenan, Mauen, Meibersdorf, Meichenau, Schönfließ, Triebel, Tüschau	1
<b>Bezirk 22 (Nieder-Sachsen).</b>	
101. Gottesberg, Rothbach und Schwarzwaldbau	1
102. Alt-Löhig, Fellhammer, Fellhammergrenze, Langwalterdorf	1
103. Dittersbach, Hermsdorf (städtisch), Liebersdorf, Neu-Gain, Neu-Waldburg, Nieder-Germendorf, Neuhendorf, Rohnau, Saarau, Sophienau und Waldburg	1
104. Neu-Salzbrenn und Weißstein	1
105. Hausdorf, Nieder-Altwasser, Ober-Altwasser und Seitendorf	1
<b>Bezirk 23, 24, 25 (Ober-Sachsen).</b>	
106. Biruklaw, Bogutschik, Borin, Czernik, Schwallowitz, Elgut, Egerfeld, Koblau, Lajak, Langendorf, Drageke, Riecke, Petershofen, Radofschau, Radzew, Rolobschin, Rhdultau, Rhybnik, Bogutschik, Wittkoma, Domb, Eichenau, Elgut, Gieschwald, Jmiesin, Janow, Kaitowik, Laurahütte, Mnslowitz, Michalowitz, Schoppinik, Uebanowik, Zowozie und Zalenge	1
107. Wilschowitz, Worsigwerf, Deutsch-Zernik, Gierakowitz, Kleinpanow, Anuraw, Kungendorf, Malofschau, Mikultschik, Paulsdorf, Ruda I, Ruda II, Sornika, Zaborze I, Zaborze II, Zaborze III, Zaborze IV, Zaborze I, Zaborze II, Zaborze III	1
108. Antonienhütte, Beuthen, Wisnarschhütte, Charlottenhof, Chorgow, Eintrachthütte, Friedenshütte, Friederichsdorf, Hohenlinde, Kschlowitz, Königshütte I, Königshütte II, Kopana, Lippe, Michowitz, Neuborf, Orzagow, Kögberg, Scharlach, Schleiengrube, Schwarzwaldb, Schwientochlowitz und Stadt-Dombrowa	1
<b>Bezirk 26 (Wurm- und Kölner Braunkohlenrevier und Wehrn).</b>	
109. Aghsdorf, Bachem, Waesweiler, Vardenberg, Wuschell, Eschweiler, Frechen, Gemmenich, Guel, Grubler, Hattenrath, Heilern, Herzogenrath, Höngen, Kirch, Köhlheid, Reizen, Pannesheide, Stolberg, Wärselen und die im Bezirk Wehrn gelegenen Einzelmitgliedschaften	1
<b>Bezirk 27 (Pfalz und Saarrevier).</b>	
110. Der gesamte Bezirk	1
<b>Bezirk 28 (Diebenthor).</b>	
111. Der gesamte Bezirk	1
<b>Bezirk 29 (Saarbrücken-Spittel).</b>	
112. Der gesamte Bezirk	1
<b>Bezirk 30 (Oberbahren).</b>	
113. Graßham, Leigach, Marientstein, Miesbach, Tölg, Wörnsmühl	1
114. Hartzberg, Michelfeld, Leonberg, Reizenberg, Reizenberg-Setten, Reizenberg und Sulzbach	1
<b>Bezirk 31 (Zwidau).</b>	
115. Luersbach, Züdenhain, Müllsen-St.-Jacob, Böhlau, Zwidau-Eckersbach, Zwidau-Marienthal, Altdau-Böhlis und Zwidau	1
116. Friedrichsgrün, Müllsen-St.-Niklas, Oberhofndorf und Wielau	1
117. Bodwa, Kirberg, Cullisch, Zindenan, Zohanngeorgenstadt, Wilschbüdel, Niederbafkau, Schöneberg, Wiefen, Wildenfeld, Wilkau und Zischkau	1
118. Aghsdorf, Ebersbrunn, Lichtentanne, Niederplanik, Oberplanik, Schönfels und Stenn	1

